

**Annoncen-
Bureau:**
In Posen
außer in der Expedition
bei Grapohl (G. H. Hirsch & Co.)
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Fehlbücher-Ges.
in Grah bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Dabbe & Co.

Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Bonn, München, St. Gallen,
Köln, Regensburg,
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Pöglers;
in Berlin:
A. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Gadow.

Nr. 30.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1 M 20 Sgr., für ganz
Preußen 1 M 25 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Sonntag, 18. Januar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigehaltene 1 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1873

Es ist mir nicht vergönnt mich, vor meiner Abreise nach Berlin, von allen geehrten Bewohnern der Provinz Posen, zu denen ich in näheren geschäftlichen oder geselligen Beziehungen gestanden habe, persönlich verabschieden zu können.

Ich glaube daher die Vermittlung der Presse in Anspruch nehmen zu dürfen, um eine freundliche Erinnerung an mich und meine Familie zu erbitten.

Möge Gottes reichster Segen der Fortentwicklung und dem Gedeihen meiner Heimaths-Provinz immerdar zu Theil werden.

Posen, 17. Januar 1873.

Königsmark.

Zur Situation in Oesterreich.

Man hat aufgehört, den ungarisch-kroatischen Ausgleich als ein weises Staatswerk zu preisen. Nach dieser Methode lösten sich nicht die Wirren, sondern die Geister wurden rebellisch. Wie an der Save, so fündigte man in Galizien, an der Donau und an der Moldau; und es hätte nicht viel gefehlt, daß man durch den Ausgleich zu einer systematischen Ungleichheit, durch die angebliche Einigung zu einer radikalen Uneinigkeit gelangt wäre. Seit dem Sturze Hohenwarths ist eine Umkehr der politischen Strömung erfolgt. Dank der Ausdauer der Verfassungspartei, Dank der Hartnäckigkeit der Kroaten und der Polen, selbst die Ungarn wollen den wankelmüthigen Landtag Kroatiens in eine unmittelbare Vertretung beim Reichstage zu Pest verwandeln und die Verfassungstreuen denken nicht mehr daran, Galizien von den direkten Wahlen anzunehmen.

So ist denn das Wahlreformgesetz der Brennpunkt der politischen Bewegung geworden. Der wieder zusammengetretene Reichstag ließ in seiner ersten Sitzung (15. Januar) die Polen, die Südländer und schon wahl-todtgesagten Dalmatier fast in voller Zahl erkennen, der klerikale Südtiroler Graf Boschi hatte überraschender Weise seinen bisherigen Sitz eingenommen, und die Mehrzahl seiner Landsleute wird wahrscheinlich diesem Beispiel folgen. Nur die Slowenen regten. Alle diese Federalisten rühten sich zum Kampf oder — zur Schwärzung, denn die für die ganze Zukunft des Landes wichtige Vorlage der Wahlreform ist fertig und soll in kürzester Frist dem Kaiser zur Genehmigung unterbreitet werden. Nur an die Polen ist noch eine besondere Einladung ergangen, von dem Detail des galizischen Elaborats Kenntnis zu nehmen; das Ministerium ist auf ihre Antwort, die sich uns schwer errathen läßt, vorbereitet. — Nun liegen die Dinge so, daß die Polen von den Ungarn keinen Beistand mehr erwarten dürfen. Bei diesen letzteren überwiegt die intime Feindschaft gegen Croatien, ihre Freunde an der anderen Seite der Karpathen müssen den Schaden davon tragen. Außerdem ist die israelitische und ruthenische Bevölkerung keineswegs eingeschüchtern. Die czechischen Blätter wühlen und heizen, aber selbst die czechischen Bauern sind der langen Hegerien müde und wegen der Spaltung ihrer Parteigenossen misstrauisch geworden; die deutsche Landbevölkerung hält mit den Städtern fest zusammen und freut sich ihres deutschen Bewußtseins. In Laibach leistet der klerikale Landtagklub allerdings unermüdlichen Widerstand, allein das Ministerium wird darauf das Nothwahlgesetz zur Anwendung bringen und die Landgemeinden, Städte und Märkte Krains für die bevorstehenden direkten Wahlen einbilden können; in den Städten und Märkten liegen die Chancen der Verfassungspartei günstig. Die liberalen Wälschtirler und die Italiener des Trentino sind auf den Beistand der deutsch-österreichischen Verfassungsmänner angewiesen. Von der Zweiteilung und dem Anschluß an Italien ist überall keine Rede, sie sehen mit Sehnsucht dem Tage entgegen, wo sie als direkt gewählte Vertreter ihres Volkstammes in den reformirten Reichstag eintreten und ihre bisher vernachlässigten Interessen fördern können. Aber am beachtenswerthesten ist die Haltung im Lager des Klerus, welcher der zwingenden Gewalt des „Staatsgedankens“ gegenüber zu weichen beginnt. Zum beweis lese man, was der „Volksfreund“ schreibt:

„Für Oesterreich handelt es sich nun speziell um den Kampf für seinen Bestand und für seine Konsolidierung, um den Kampf für seine Einheit von Innen und für seine Machtstellung nach Außen. Das ist im großen Ganzen unser Staatszweck, das ist der „Staatsgedanke“ Oesterreichs, und wenn es sich nun handelt um den Kampf für diesen Gedanken und um die entschiedene und lebendige Durchföhrung desselben, da soll man den Klerus Oesterreichs immer in erster Linie stehen sehen, mag auch kommen was da wolle. Wir wollen nur diesen Gedanken heute ausgesprochen haben, da wir zwischen Thür und Angel einer neuen Epoche unseres politischen Lebens stehen.“

Unter solchen Auspizien geht die deutsche Partei Oesterreichs hoffentlich einem neuen und großen Siege entgegen. Wir begleiten ihre Wege mit Spannung und Sympathie.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Jan. Die bisherigen Verhandlungen über die Vorlagen des Kultus-Ministers lassen schon jetzt einen Blick in die Stellung der Parteien zu den Entwürfen und die Aussichten derselben thun. Es trat heute ein Mitglied der ultrakonservativen Fraktion, Herr Stroffer, gegen die Vorlagen auf, aber er hat gleich richtig hervorgehoben, daß er nicht im Namen der konservativen Partei

spreche. Natürlich versteht er unter dieser Bezeichnung nur den etwa 60 Mitglieder zählenden Bruchtheil der alten Partei, welche den äußersten rechten Flügel eingenommen hat, und auch bei dieser Beschränkung hat Herr Stroffer nach Allem, was man über die dort herrschende Stimmung erfährt, Recht, wenn er nicht glaubte, daß auch nur die Hälfte dieser Mitglieder des Hauses seiner Ansicht sich anschließen. Die Bundesgenossenschaft, welche der katholischen Fraktion von dieser Seite erwächst, dürfte sich auf nicht ganz 30 Mitglieder beschränken. Ebenso nimmt man an, daß Herr Dunder in seiner Opposition gegen die Vorlagen nur von einer Minorität der Fortschrittspartei unterstützt werden wird. Wie demnach die Gesekentwürfe im Abgeordnetenhaus eine große kompakte Mehrheit für sich haben werden, so dürfte auch das Schicksal der wichtigsten Vorlagen im Herrenhaus ein günstiges sein. Nach den Vermuthungen und Berechnungen sowohl in Regierungs- wie in Landtagskreisen glaubt man, daß gleichfalls in diesem Hause eine überwiegende Mehrheit für die Vorlagen eintreten wird. Sicher ist jedenfalls, daß die „Kreuz Bl.“ mit ihrer scharfen Opposition nicht die konservative Partei, weder im Abgeordneten- noch im Herrenhaus vertritt, sondern nur einen geringen Bruchtheil der äußersten Rechten und daß ihre Ansichten auch in konservativen Kreisen lebhaften Einspruch hervorrufen. Es wird vielfach behauptet, daß sich die Abwesenheit des Fürsten Bismarck noch um einige Tage verlängern werde. Danach wäre es noch ungewiß, ob er zur Feier des Ordensfestes morgen schon zurück sein wird.

△ Berlin, 17. Jan. Ministerpräsident von Noo nementirte heute Alles, was die Offizien einerseits aus dem auswärtigen Amt, andererseits aus dem Ministerium des Innern über Ministerkrisen geschrieben; er dementirte insbesondere die „gute Quelle“ der „Kölnischen Zeitung“. Da hiermit der Werth unserer sämtlichen Presbureaus von einem Manne, der sich rühmt an der Spitze der „Partei der ehrlichen Leute“ zu stehen, für Jedermann im Lande bestätigt ist, hätte wenigstens das Abgeordnetenhaus alle Ursache, die nur der Verwirrung dienenden Presbonds im Staatsministerium zu streichen, wie dies seitens der Fortschrittspartei Jahraus, Jahrein ohne Erfolg beantragt worden ist. — Die Debatte über die kirchlichen Gesetze bewegte sich bisher weniger um den speziellen Inhalt der Gesetze, als über das ganze Gebiet kirchenpolitischer Gegensätze. Das Auftreten Dunders gegen die Gesetze hat vielfach übersehen. Doch muß man sich erinnern, daß in dieser Weise die Fortschrittspartei im Reichstage schon beim Kanzelgesetz gespalten war. Damals äußerte sich Abg. Eugen Richter in ähnlicher Weise wie gestern Dunder. Mit ihm stimmten 8 Abgeordnete der Partei, darunter Dunder und Hoyerbed gegen das Gesetz. Die Mehrheit tröstete sich damit, daß wenn man erst Bismarck im Kampfe mit dem Klerus festgemacht habe, eine auf Trennung der Kirche vom Staat zielende Gesetzgebung nicht ausbleiben könne. In dem Besuitengesetz, welches die folgende Session brachte, erblickte aber jene Minorität einen weiteren Schritt auf der Bahn der Kirchenpolizeigesetzgebung. Eine erhebliche Anzahl Parteigenossen, welche noch für das Kanzelgesetz gestimmt hatte, trat jetzt zur Minorität über, so daß dieselbe jetzt den Freunden des Besuitengesetzes in der Partei nahezu das Gleichgewicht hielt. Die Majorität sucht ihren eigentlichen Zielen deutlichen Ausdruck zu geben, indem sie gleichzeitig mit dem Besuitengesetz eine Resolution zu Gunsten der Zivilehe annahm. Das Besuitengesetz ist zur Ausführung gekommen, die Zivilehe frommer Wunsch geblieben. Franz Dunder handelt daher ganz in Uebereinstimmung mit sich selbst und einem erheblichen Theil der Reichstagsfraktion, wenn er den neuen Gesetzen, soweit sie die Staatsallmacht erhöhen, ohne der Freiheit und Gemeindeautonomie zu Gute zu kommen sein Veto entgegenstellt. Der Unterschied in freirechtlicher Auffassung zwischen Dunder und den Klerikalen markirte sich dabei in den Rede von Windthorst (Meppen) auf das Deutlichste. Dunder will Freiheit der mit Repräsentativ-Verfassung ausgestatteten Kirchengemeinde, Windthorst versteht unter Kirchenfreiheit die hierarchische Kirchenverfassung der katholischen Kirche einschließlich des unfehlbaren Papstes. — Von Rheinland-Westfalen aus wird darauf aufmerksam gemacht, daß das neue Kirchengesetz geeignet ist, die schwachen Anfänge der Repräsentativverfassung der dortigen evangelischen Kirche in einem wesentlichen Punkte zu beeinträchtigen. Bisher konnte dem von der Gemeinde erwählten Pfarrer die Bestätigung nur aus Rücksicht auf „Lehre und Wandel“ verweigert werden. Künftig kann gegen die Wahl aus jedem Grunde „welche dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiet angehört“ Einspruch erhoben werden. — Der neu eingetretene Abg. Gerlach hat seinen Platz vorläufig im Zentrum genommen und die klerikale Partei um Erlaubnis gebeten, ihren Fraktionsitzungen zuweilen beizubohnen zu dürfen. Der alte Herr, welcher die Debatten mit großer Aufmerksamkeit verfolgte, war Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit. Derselben alten fast verschollenen Realisation vom Rheinland wieder ausgegraben an der Seite der Klerikalen — auch „Verfassungspartei“ genannt — im Parlament zu sehen, das Schauspiel ist fürwahr pikant genug — Minister Eulenburg sucht sich in seiner Bedrängnis Bismarck gegenüber sichtlich an die liberalen Parteien anzukammern. Er fängt sogar an einen regen Fleiß zu entwickeln. In der That hat man im Ministerium gegenwärtig die Reform der Gemeindegesetze in den westlichen Provinzen in Angriff genommen. Eulenburg ist auch damit einverstanden, daß die für die Dotation der Kreise bestimmte Million nicht erst von den künftigen Provinzialständen, sondern sofort durch das Dotationsgesetz selbst nach bestimmten Normen vertheilt werden. Ein gewisser Betrag soll zurückbehalten und von einer Zentralkommission unter parlamentarischer Mitwirkung nach Bedürfnis vertheilt werden. — Die Klassensteuer-Kommission hat sich gegen die von der Regierung vorgeschlagene Freilassung der 16 und 17 jährigen Personen von der Steuer ausgesprochen,

dagegen beschlossen, daß diejenigen Gründe, welche in den oberen Stufen eine mildere Einschätzung zulassen, in der untersten Stufe auch die vollständige Steuerbefreiung gestatten sollen.

△ Berlin, 17. Januar. Erst mit der im nächsten Frühjahr bevorstehenden Fertigstellung der neuen Panzerfregatte „Danfa“ und der jüngst vom Stapel gelaufenen Glattecks-Korvette „Louise“, also länger als acht Jahre nach dem Abschluß des dänischen Krieges von 1864, wird die deutsche Flotte in der Zahl der Fahrzeuge und der Geschütze eine thatsächliche Ueberlegenheit über die dänische Flotte erlangt haben. In Hinsicht der Panzerschiffe wird sogar dann noch diese letztere vor jener ein Schiff vorausbesitzen. Der dänische Stand derselben stellt sich nämlich gegenwärtig auf 3 Panzerfregatten zu 24, 18 und 16 Geschützen, 1 Kanonenschiff zu 4, 3 Monitors zu 3, 2 und 2 Geschützen; der deutsche Stand hingegen zu 3 Panzerfregatten zu 26, 16 und 16, 1 Panzer-Korvette zu 8 und 2 Panzer-Fahrzeugen, wovon eines ein Thurm- und eines ein Kanonenschiff zu 4 und zu 3 Geschützen. Die Panzer- und Maschinenschiffe der dänischen Flotte stellen sich dabei mit einziger Ausnahme des „König Wilhelm“ ziemlich gleich, dagegen aber besitzen die deutschen Panzerschiffe durchgehends eine wirkfamere Geschützausrüstung. Die dänische Schraubenflotte besteht aus einem Kanonenschiff zu 42, 4 Fregatten, davon 3 zu je 26, eine zu 22, 3 Korvetten zu 14 und 10, und 5 Schooner, davon 4 zu je 3 und eins zu 5 Geschützen. Dazu treten noch 7 eiserne Kanonenboote zu je 2 Geschützen, und 4 Aviso-Schiffe. Die deutsche Schraubenflotte verfügt hingegen über 5 gedeckte Korvetten, eine davon zu 28, die anderen zu je 26 Geschützen, 4 Glattecks-Korvetten zu je 16 und 14 Geschützen, 2 Korvetten nach dem Alabama-Prinzip zu je 6 schweren Geschützen, 2 Aviso-Kanonenboote zu je 3, 7 Kanonenboote 4 erster und 10 zweiter Klasse zu je 3 und 2 Geschützen und 5 Aviso-Schiffe. Die sämtlichen aufgeführten dänischen Schiffe sind seit 1864 erst neugebaut oder doch umgebaut worden. Thatsächlich ist indeß von Dänemark der bisherige Wettstreit durch den Bau immer neuer Schiffe die eigene Flotte der deutschen überlegen zu erhalten, schon seit dem den dänischen Hoffnungen so ungünstigen Verlauf des letzten deutsch-französischen Krieges aufgegeben worden. Auch wird Deutschland mit der binnen einigen Jahren bevorstehenden Fertigstellung der noch im Bau begriffenen 5 deutschen Panzerfregatten ein solches Uebergewicht zur See erreicht haben, um Dänemark schon aus finanziellen Rücksichten ein Nachsehen nicht mehr zu gestatten. Immerhin bleibt dieser kleine Staat in Anbetracht der während des gedachten Zeitraums auf die Verstärkung seiner Kriegsmarine verwendeten Aufwendungen noch für längere Zeit eine Macht, auf welche Deutschland im Fall neuer auswärtiger Verwicklungen rücksichtigen muß. — Wie sehr die Preise der Lebensbedürfnisse und damit auch die der Unterhaltungskosten für die Armee sich in den letzten Jahren gesteigert haben, ergibt sich aus der neuesten Veröffentlichung des bekanntlich vom Staat für die Befestigung der Mannschaften gezahlten täglichen Verpflegungsaufschusses. Bis Ausgang 1871 betrug der Durchschnittsbetrag dieses Zuschusses pro Kopf und Tag zwischen 10 und 12 Pf., wovon nur die Rheinlande und die Elberzoghümer, wie die großen Handelsplätze der Nordseeküste eine Ausnahme machten, wo derselbe sich zwischen 16 und 18, und in Wilhelmshafen, dem theuersten Garnisonplatz in ganz Norddeutschland, sogar bis zu 20 und 22 Pf. steigert. Jetzt jedoch stellt sich der Durchschnittssatz auch für die übrigen Provinzen auf 12 bis 14 Pf., wogegen er in den meisten anderen Provinzen sich zu 16 bis 20 Pf. berechnet. In Berlin ist dieser Zuschuß von 15 auf 18 Pf. gestiegen, doch wird diese Hauptstadt von Potsdam mit 19, und noch von einer ganzen Reihe anderer mächtiger Garnisonstädte, wie Rottbus, Küstrin, Rathenow, Schwedt, Teltow ebenfalls mit 19 bis 21 Pf. übertreffen. Den billigsten Ort in Hinsicht des Lebensunterhalts bildet nach diesem Verzeichniß gegenwärtig Ortelburg in Ostpreußen, für welches nur ein Verpflegungsaufschuß von 4 Pf. erforderlich ist, und schließen sich in derselben Provinz, indeß auch allein nur in dieser, demnach an Drensfurth, Niederode und Wehlau mit je 5 Pf.; die theuerste Garnison ist hingegen auch jetzt noch Wilhelmshafen mit 26 Pf., doch bleibt die Veröffentlichung der Verpflegungszuschüsse in den neuen Reichsländern zunächst noch vorbehalten, und sollen sich diese ebenfalls ganz außerordentlich hoch gestellt haben.

— Den Kammerherrndienst bei der Kaiserin-Königin haben die Kammerherren Graf Schwerin-Göhren und Graf Saurma übernommen. Der letztgenannte ist Katholik und, irren wir nicht, ein ultramontaner.

— Zur Ministerkrisis wird der „A. M. G.“ aus Berlin geschrieben:

Wir haben es hier mit einer Tendenzschrift zu thun, in der Wahres mit Falschem vermengt ist. Was dort als ein einstimmiger, schon im Februar 1872 gefaßter Ministerialbeschluss hingestellt wird, nämlich das Herrenhaus in einen beratenden Staatsrath nach napoleonischem Muster umzugestalten, ist in Wirklichkeit nichts weiter als eine Bismarck'sche Idee, hinsichtlich welcher die parlamentarischen Kreise allerdings schon seit Jahr und Tag sondirt worden sind, aber wenig Entgegenkommen gezeigt haben. Um zu glauben, daß hierüber ein einstimmiger Ministerialbeschluss vorliege, müßte man uns erst davon überzeugen, daß der König mit der Abschaffung des Herrenhauses einverstanden gewesen sei. Es ist aber ein öffentliches Geheimniß, daß der König einem solchen Gedanken heute noch widerstrebt. Wer die Verhältnisse und Personen näher kennt, kann daher nicht darüber im Zweifel sein, daß Graf Noo n, Graf Ikenburg, Dr. v. Müller und Dr. v. Selchow, vielleicht auch Graf Eulenburg einer so tief greifenden und gewagten Verfassungsänderung nicht zugestimmt haben würden. Dafür spricht auch schon die Geschichte des Pairschubes, welche die „Köln. Z.“ vollständig entstellt, wenn sie den Fürsten Bismarck und den Grafen Noo n an einem Strange ziehen läßt, und den Grafen Eulenburg allein als beider Gegner bezeichnet. Die Wahrheit ist, daß Fürst Bismarck allerdings in der Kreisordnungsfrage eine sehr mysteriöse Haltung beobachtete, durchaus falsch ist die Behauptung des Korrespondenten: daß Fürst Bismarck und Graf Noo n nicht einen Pairschub, sondern eine sofortige Herrenhaus-Reform gewollt hätten. Damit unterstellt man beiden die Absicht, daß sie eine solche Reform auf dem Wege der brutalen Gewalt, nämlich der Detronirung, hätten bewirken wollen. Dies kann aber nicht die Absicht des Fürsten Bismarck gewesen sein. Auf verfassungsmäßigem Wege war und ist aber eine solche Reform nur durch einen kräftigen Pairschub zu erreichen, und deshalb forderte Bismarck die Kräftigung von 50 bis 60 neuen Herrenhausmitgliedern. Diesem Verlangen trat jedoch Graf Noo n mit der entschiedenen Erklärung entgegen, daß er sofort seinen Abschied nehmen werde, wenn man mehr als 8 bis 10 neue Pairs ernennen wollte. Da trat Graf Eulenburg mit seinem Kompromißvorschlag auf, der in einer Sitzung durchdrang, zu welcher Graf Noo n nicht hinzugezogen war. Was weiter geschah, ist bekannt. Graf Noo n führte seine Dro-

hung aus und reichte seine Entlassung ein, und der gleichfalls überstimmte Fürst Bismarck erklärte sofort, daß er unter solchen Umständen nicht länger mehr Ministerpräsident bleiben könne.

Zu dieser Angelegenheit geben wir nachträglich noch eine Aeußerung der „Epen. Z.“, welche sagt:

„Die offizielle, von uns mitgetheilte Korrespondenz, welche die „Alln. Ztg.“ unter der Ueberschrift: „Zur inneren Geschichte der preussischen Kräfte“ veröffentlicht, hat unter den Abgeordneten großes Aufsehen erregt. Es sind nicht sowohl die Thatfachen selbst, die ja in eingeweihten Kreisen nicht unbekannt waren, als die offene Entbillung der Thatfachen, welche jenes Aufsehen veranlaßte. Man verheißt sich nicht, daß Gegenstände, welche mit solcher Ungeschmintheit an das Tageslicht treten, wohl kaum mehr zu verschönnen sind. Zur Sache haben wir nur hervor, daß nach dem Artikel der Reichskanzler dem Grafen Roon seine Unterstützung für eine eventuelle Erhöhung des Militärbudgets dem Reichstag gegenüber zugesagt hat, wogegen der zweite Chef der Armeeverwaltung als Staatsminister in ein näheres Verhältniß zum Reichskanzleramt tritt. Hiernach würde also dieser Chef des Kriegsministeriums in einer ähnlichen Weise dem Reichskanzleramt angegeschlossen werden, wie General Stosch als Marine-Minister und Minister des Reichs als Präsident des Bundeskanzleramts. Dies wäre die weitere Entwicklung der Reichsämter, auf welche wiederholt hingewiesen ist. Der preussische Kriegsminister als solcher würde verschwinden. Dies ist der eine Theil des „ursprünglichen Bismarck'schen Planes“, der also sofort verwirklicht werden soll; der andere „ohne Präjudiz“ der Zukunft vorbehalten, würde sich auf eine Umbildung des Herrenhauses und auf eine homogenere Gestaltung des Ministeriums, auf eine wirkliche Kabinettsbildung beziehen.“

Der Streit zwischen den Offiziösen Bismarck's und Eulenburg's dürfte noch nicht beendet sein. Die letzteren annunciren neue Veröffentlichungen, weil ihnen zum Vorwurf gemacht wird, daß sie bloß mit allgemeinen Redensarten den tatsächlichen Anführungen der Inspirierten der Wilhelmstraße begegnen. Diese bleiben jedoch die Antwort nicht schuldig und antecipiren sie mit Folgendem: der Reichskanzler verlangte, wie der „Eulenburg'sche“ und der „Epen. Z.“ zugleich gemeldet wird, vom Minister des Innern die Konfiskation eines Journals, welches die Affektion abdruckte, um eine strafgerichtliche Entscheidung für diplomatische Zwecke herbeizuführen. Als ihm die schriftliche Meldung aus dem Ministerium des Innern über die Konfiskation von fünf Journalen zukam, schrieb er eigenhändig die Randbemerkung nieder: „Vier Konfiskationen sind überflüssig gewesen.“ Die Vertrauten der Wilhelmstraße finden den Unmuth des Reichskanzlers über die bekannte Erklärung des Grafen Eulenburg im Abgeordnetenhaus bezüglich der Initiative Bismarck's für die Journalkonfiskationen sehr begreiflich und meinen, daß die Ministerkrisis noch nicht beendet sei.

Außer dem Entwurf eines allgemeinen deutschen Militärgesetzes wird dem Bundesrath zunächst der Entwurf des Reichspreßgesetzes vorgelegt werden. Nach früheren Angaben, schreibt man der „A. A. Z.“ sollte der Entwurf nicht nur die Kautionsbestellung für politische Zeitungen beseitigen, sondern auch das Recht der vorläufigen Beschlagnahme aufheben, letzteres freilich im Widerspruch mit den Wünschen der preussischen Regierung.

Prof. Virchow hat über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchung der auf die Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen einen umfassenden Generalbericht verfaßt, der in allen seinen Theilen den Stempel des Virchow'schen Geistes an der Stirn trägt. Mit der dem Verfasser eigenen Schärfe und der ihm in der Sache auszeichnenden Sachkenntnis ist der Bericht geschrieben. Nachdem alle Vorschläge sorgfältig geprüft und die hierbei ausgeführten Versuche mit größtmöglicher Vorsicht überwacht waren, ergaben sich dem Verfasser nachstehende Schlussfolgerungen:

Zunächst ist die Frage, wie die bisher gestellte wurde und wie sie besonders in letzter Zeit die Gemüther beschäftigt hat, durchaus unzulässig. Es handelt sich gar nicht um die nackten Alternativen „Kanalisation oder Abfuhr“, sondern vielmehr um die Lösung folgender Aufgaben: Wie ist das Haus- und Wirtschaftswasser aus der Stadt zu entfernen und auf welche Weise sollen die unreinen festen Stoffe beseitigt werden? Es ergibt sich hieraus, daß keine Art der Kanalisation denkbar sei, welche gleichzeitig der Abfuhr entbehren könne. Es entsteht also eine zweite Frage, welche Stoffe sollen durch Kanäle, welche durch Wagen aus der Stadt herausgeschafft werden: als Voransetzung gilt hierbei, daß kein Haus- oder Wirtschaftswasser in die öffentlichen Stromläufe hineingeleitet werden dürfe. Die hierzu vorgeschlagenen Desinfektionsmethoden nach Sarna und Vent und die einzuührenden Trockenlosets ergaben ungenügende Resultate, sowohl in Bezug auf die etwaige Verwerthung der Stoffe zu Düngzwecken, als auch in Rücksicht auf die Entpestung der städtischen Bestandtheile selbst. Die Vorschläge mit den Abfuhrsystemen seien für Berlin nicht anwendbar; da beide Abfuhr-Arten in Berlin auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würden. Das Tonnenheftsystem sei als notwendig der Umbau fast aller Häuser Berlins voraus. Die pneumatische Abfuhr dagegen, wie sie Pierna proponirt sei nicht durchzuführen, weil neben ihr ein vollständiges Kanalsystem für die Spülwässer existiren müßte, weil ferner bei der enormen Produktion von Faekalmassen 800,000 Menschen produziren jährlich 5 1/2 Millionen Zentner Faekalkasse, die große Gefahr entstehen würde, daß die Kommune, im Falle sich keine genügenden Abfahrsquellen fänden, selbst für die Unterbringung des nothwendigen Stoffs müßte. Es bleibt somit die Kanalisation mit Veriefelung und Einleitung des Fäkalwassers in Tief- und Flachbassins. Die hierauf bezüglichen Verände haben ein in jeder Weise erfreuliches Resultat ergeben. Alle etwaigen Bedenken hat Virchow schlagend widerlegt, resp. sehr deutlich nachgewiesen, wie manche Uebelstände durch eine dichtere Verfassung der Fäkalfelder mit aller Bestimmtheit beseitigt werden können.

Dem Bundesrath ist von Seiten des Vorstandes des Vereins deutscher Tabak-Interessenten eine Petition gegen die beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer gestellt worden. Die Petition, welche Unterschriften aus allen Städten des deutschen Reichs trägt, ist begleitet von einer Denkschrift, in welcher die wirtschaftlichen Nachtheile der beabsichtigten Steuererhöhung beleuchtet werden. Die Denkschrift, welche gleichzeitig im Buchhandel erschienen ist, führt aus, eine wie große Anzahl von Menschen durch solche Maßregel brodlös gemacht würde, und wie ganz besonders die Arbeiter gerade dasjenige Gewerbe entzogen werden würde, welches ihnen jetzt am leichtesten gestattet, selbstständig zu werden. In Bezug auf die Stellung, welche die Allgemeinheit zu dem Projekt hat, wird behauptet, daß die Steuererhöhung nicht nur den armen Mann viel härter treffen würde, als den reichen, sondern daß sie ihn auch härter treffen würde, als die Salzsteuer, welche aufgehoben werden soll.

Die mit Recht erwartete Veröffentlichung der Spruchpraxis des Bundesamtes für das Heimathwesen wird in diesem Monat erfolgen. Herr Geh. Ober-Regierungs-Rath Wolters hat als Mitglied des Bundesamtes u. d. Bearbeitung und Herausgabe derselben übernommen und wird demnächst (bei Franz Vahlen in Berlin) ein erstes Heft (15 Sgr.) erscheinen, das bis zum Dezember v. J. ergangenen wichtigeren Entscheidungen enthält.

Die Nachricht, daß dem Reichstage in der nächsten Session eine Erhöhung des Pauschquantums für die Militärverwaltung vorgeschlagen werden soll, ist in dieser Form wohl nicht zutreffend. Der „Magd. Ztg.“ zufolge soll vielmehr nach vorheriger Feststellung des in Art. 62 der Verfassung vorgesehenen allgemeinen Militärgesetzes für das Jahr 1874 von dem Pauschquantum Abstand genommen und die Ausgaben im Wege des ordentlichen Etats festgesetzt werden.

Das Kriegsministerium giebt bekannt, daß die durch Erlass vom 21. Juni 1870 den im Innern Rußlands lebenden militärischpflichtigen Norddeutschen mit Bezug auf ihre Jurisdiktion bis zu dem in ihrem dritten Konfurrenzjahre stattfindenden Departements-Erlass-Gesetz gewährte Vergünstigung gegenwärtig auf alle im Innern Rußlands lebenden militärischpflichtigen Deutschen Anwendung findet, und zwar mit der Maßgabe, daß die betreffenden Befreiungen speziell für bairische Staatsangehörige von der bairischen Gesandtschaft, für die übrigen Personen von der kaiserlichen Botschaft in Petersburg erteilt werden.

Die Bewerbungen um die Kriegsdenkünze der Jahre 1870 und 1871 sind bereits in sehr großer Zahl eingegangen und in nach Hunderttausenden zählenden Exemplaren auch schon berücksichtigt worden. Nichtsdestoweniger laufen auch jetzt noch zahlreiche derartige Anmeldungen von Berechtigten immer noch ein. Um aber endlich einmal eine Grenze für diese Anmeldung zu ziehen, hat neuerdings die General-Ordenskommission im Verein mit der Militärverwaltung bestimmt, daß alle diejenigen, welche als Teilnehmer des Feldzugs von 1870–71 gegen Frankreich noch nicht in den Besitz der Kriegsdenkünze gelang sind, sowie diejenigen, welche berechnigte Ansprüche auf die Kriegsdenkünze von Stahl am Kombattantenbande resp. auf diejenige für Nichtkombattanten nachzuweisen vermögen, ohne daß ihre Ansprüche bisher erledigt worden sind, sowie endlich auch diejenigen, welche im Besitze einer der obgenannten Kategorien von Denkmünzen Anrechte auf eine andere Gattung haben und diese Ansprüche genügend motiviren können, behufs Prüfung ihrer Requisitionen sich bis zum 20. Februar d. J. bei den Bezirks-Kompagnien, in welchen sich ihr Domizil befindet, zu melden haben.

Ensisheim, 15. Januar. Ein Mitglied des elsässischen Klerus hat ein Beispiel der Unbotmäßigkeit gegen die Staatsgewalt gegeben, welches an nackter Deutlichkeit alle Uebergriffe deutscher und schweizerischer Bischöfe und selbst die Sprache der päpstlichen Allokution weit übertrifft. Die „El. Volksztg.“ schreibt darüber wie folgt:

Der kommissarisch angestellte katholische Strafanwalt-Geistliche Fornek in Ensisheim, welcher ohne andere kirchliche Funktionen lediglich für die Strafanstalt vom Staate ernannt und besoldet ist, wurde zur Ableistung des Staatsdienereides aufgefordert. Er verweigerte denselben, nicht etwa aus politischer Abneigung gegen die deutsche Regierung, aus deren Händen er vielmehr seiner Zeit willig sein Amt angenommen hatte, sondern neben einigen dilatorischen Bedenken peremptorisch wegen der in der Eidesformel enthaltenen Verpflichtung, die Gesetze zu beobachten. Bei der Wendung, welche die Geschehnisse in neuerer Zeit genommen habe, gestatte ihm sein Gewissen nicht, Beobachtung der Landesgesetze eidlich zu geloben. Abbe Fornek wurde durch telegraphische Anordnung des Präsidenten v. d. Seyditz von seinem Amte an der Strafanstalt suspendirt, der Ortspfarrer um einstweilige Uebernahme seines Amtes ersucht. Da der Ortspfarrer dieselbe ablehnte, wird seit Weihnachten katholischer Gottesdienst in der Strafanstalt nicht abgehalten. Der katholische Lehrer leitet eine Andachtsstunde der katholischen Sträflinge. Inzwischen ist durch den Oberpräsidenten v. Moller die definitive Entlassung des Fornek verfügt und die Neubesezung der Stelle eingeleitet.

Metz, 12. Januar. [Absteckung der Grenze.] In aller Stille erfolgte die Absteckung der neuen französisch-deutschen Grenze. Und doch ging sie nicht ganz so ruhig von Statten; einmal wurden zwei Schüsse abgefeuert, deren Ziel vielleicht einem anderen Willd als Mehen und Hasen galt, da die Kugeln dicht an den Köpfen der Mitglieder der Abgrenzungs-Kommission vorbeisauften. Die Abgrenzung ist nun ziemlich vollendet und wird bis Mai einer endgültigen Revision unterzogen werden. Was nun die Abgrenzung selbst betrifft, so ist durchschnittlich alle hundert Meter ein Stein gesetzt, nur da wo Höhen dazwischen traten, ist eine Ausnahme gemacht. Die Steine sind 20–25 Zent. hoch, haben eine halbe Meter tief eingegraben; der Ueberblick hat die Form einer vertieften Schale und ragt über der Erde 20–25 Zent. hervor. Oben auf jedem Stein ist die Grenzrichtung nach dem nächsten Steine in einer Furche eingetieft. Die Grenze richtet sich gegenwärtig nach den Gemeindegrenzen der Gemeinden; nur bei zwei Gemeinden geht die Grenze durch den Vann, so daß ein Theil französisch, der andere deutsch ist; die eine dieser Gemeinden ist Vorfont.

Metz, 13. Januar. Die Zeitschrift „Gegenwart“ bringt von der Hand des Dr. Schröder in Straßburg einen bemerkenswerthen Aufsatz über die Statistik des Klosterwesens in Elsaß-Lothringen, dem wir folgende Daten entnehmen: Es befinden sich demnach von geistlichen Genossenschaften 24 (19 weibliche und 5 männliche) mit 1498 Mitgliedern (wobei 1206 Frauen und 292 Männer) in 222 Häusern im Oberelsaß, 18 (13 weibliche und 5 männliche) mit 1648 Mitgliedern (wobei 1396 Frauen und 252 Männer) in 300 Häusern im Unterelsaß und 30 (26 weibl. und 4 männl.) mit 1839 Mitgliedern (1657 weibl. und 182 männliche) in Lothringen. Im Ganzen sind es also etwa 5000 Mitglieder, wobei 4259 Frauen und 726 Männer, in etwa 828 Häusern und Anstalten, von denen 108 von Männern und 720 von Frauen besetzt sind. Besonders bemerkenswerth ist, daß auf dem Deblenberg bei Mülhausen 60 Trappistinnen und 107 Trappisten wohnen. Die größten Kongregationen in Lothringen sind die von St. Chretienne in Metz mit 147, die Soeurs de la Providence de Peltre, jetzt zu Jomay-Arches untergebracht, mit 530 und von St. Johann zu Bafel mit 500 Mitgliedern. Gewiß nicht minder kurios ist der Umstand, daß die „Schwestern der mitterlichen Liebe“ zu Wisch auch den Hebammen dienste und kleine Chirurgie ausüben. Wir hatten, als die Feuilletons noch mittheilten, hier in Metz und nächster Umgebung nicht weniger als 1827 geistliche Männer und Frauen zur Romanisirung des Landes. Endlich sei erwähnt, daß im Oberelsaß von 127 Schulbrüdern nur 90, von 606 Schulschwestern aber nur 3 das Brevet de capacite besitzen!

Desterreich.

Wien. Auch Andrássy hat ein Schreiben an den österreichischen Botschafter in Paris erlassen.

„Ich würde Anstand genommen haben,“ sagt er, „von den Behauptungen des Herzogs von Gramont Notiz zu nehmen, wenn sein Brief nicht augenscheinlich gerade die entgegengesetzte Sprache von dem bezeugt hätte, was ich zur Zeit Herrn Thiers gegenüber geäußert, und wenn ich dadurch nicht in die unerwartete Nothwendigkeit versetzt worden wäre, gewissermaßen als Zeuge für die in ehrlicher Weise mich selbst betreffenden Erklärungen des Herrn Thiers aufzutreten. Ich trage nicht das mindeste Bedenken, zu behaupten, daß Herr Thiers in seinen Aussagen treu den Sinn dessen wiedergegeben hat, was ich ihm bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in Wien sagte. Ich finde an diesen Aussagen heute absolut nichts zu ändern.“ Dann weiter: „Wenn der ehemalige Gesandte Frankreichs in Wien die Güte haben wollte, sich die Unterredung ins Gedächtniß zurückzurufen, welche ich mit ihm hatte, als die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zur Sprache kam, die Unterredung, in welcher wir die Möglichkeit einer Kooperation Österreich-Ungarns für den Fall eines Krieges mit Preußen in Erwägung zogen: so würde es ihm unmöglich sein, nicht einzuräumen, daß das, was ich Herrn Thiers späterhin sagte, durchaus im Einklang mit meinen ihm selbst gegenüber geäußerten Worten sei.“ Zum Schluß endlich: „Ich will noch hinzufügen, daß, sollte man an mein Zeugniß appelliren, ich keinen Anstand nehmen würde, es mit möglichster Ausführlichkeit zu geben.“

Die Politik Andrássy's ist von Anfang an klar gewesen und sich treu geblieben, es bedarf keines Wortes weiter. Aber Beust's Vertretung sieht einer elenden Klopffecherei gleich. Der gewandte Depeschensreiber sieht gegen Windmühlensflügel, aber vor den Kernschüssen seines Gegners springt er zur Seite. Während Gramont seine Weise aus der Depesche vom 20. Juli entlehnt, publizirt Beust die

vom 11. Juli. So versteckt der Strauß seinen Kopf, um nicht gefehen zu werden.

Schweiz.

Genf, 13. Januar. Die Kurie hat in der jüngsten Zeit in der Schweiz ganz bedeutende Anstrengungen gemacht, und besonders schien sie sich die Stadt Genf als geeigneten Tummelplatz anzuwählen zu haben; man erinnert sich ja wohl noch des Aufsehen erregenden Versuches, lediglich aus eigener Machtvollkommenheit, mit offener Verletzung der Verträge, ein selbstständiges Bisthum Genf ins Leben zu rufen. Aber die weltlichen Behörden in der Schweiz sind auf ihrer Hut und weisen energisch jeden Uebergriff zurück, sowohl die Behörden im Bund als die in den Kantonen. Am entschiedensten geht man gerade in Genf vor, wo die protestantische Bevölkerung der katholischen nahezu an Zahl gleichkommt. Der genfer Staatsrath hat dem Großen Rath einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Rechte und Befugnisse der katholischen Kirche in präzisester und klarster Weise festsetzt und dem Klerus strikt die Grenzlinie vorschreibt, wo das Recht der weltlichen Obrigkeit beginnt. Der Gesetzentwurf ist einer Kommission zur Vorberatung überwiesen worden, und sein Schicksal dürfte nicht zweifelhaft sein, wenn man erwägt, daß der Antrag des klerikalen Herrn Fay auf Vertagung mit 93 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde. Der Gesetzentwurf enthält die nachfolgenden durchgreifenden Bestimmungen:

Art. 1. Der Staat anerkennt und besoldet den katholischen Klerus auf den folgenden Grundlagen. Art. 2. Allen der vom Staat anerkannte Diözesanbischof kann innerhalb der Grenzen des Gesetzes bischöfliche Jurisdiktion und Verwaltung ausüben. Er kann keinen Generabitar noch sonst einen Bevollmächtigten ohne Genehmigung des Staates ernennen. Diese Genehmigung kann jederzeit zurückgezogen werden. Art. 3. Die katholischen Pfarreien des Kantons können niemals einen Theil einer Diözese bilden, welche fremdes, nicht schweizerisches Gebiet umfaßt. Auf keinen Fall darf der Sitz des Bischofs im Kanton Genf errichtet werden. Art. 4. Die Pfarren und Vikare werden von den katholischen Bürgern erwählt, welche in den Kantonal-Parlamenten eingeschrieben stehen. Sie sind abfessbar. Art. 5. Kein kirchlicher Würdenträger darf in irgend einer Pfarre des Kantons die Funktionen eines Pfarrers oder Vikars ausüben. Art. 6. Das Gesetz bestimmt die Zahl und den Umfang der Pfarreien, die Form der Wahl und der Absetzung der Pfarren und Vikare, den Eid, welchen sie beim Eintritt in das Amt leisten, die Organisation und die weltliche Verwaltung des Klerus. Es bestimmt in dieser Beziehung die nothwendigen Formen. Art. 7. Jede katholische Pfarre hat einen Verwaltungsrath für das Kirchenvermögen. Das Nähere hinsichtlich dieser Bestimmung wird durch das Gesetz geregelt. Art. 8. Der Staatsrath läßt das Recht des Päpsts für Bullen, Breves, Reskripte, Dekrete und andere vom heiligen Stuhl ausgehende Akte, eben so auch für die Ladungen, Sittenbriefe und andere Akte des Diözesanbischofs. Art. 9. Alle dem gegenwärtigen Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben, namentlich die Art. 130 und 133 der Verfassung von 1847. — Uebergangs-Bestimmung. Die gegenwärtig im Amt befindlichen und nach dem bisherigen Modus ernannten Pfarren und Vikare unterliegen der Neuwahl in Gemäßheit der Vorschriften der Artikel 4, 5 und 6 dieses Gesetzes.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Die 15. Petitions-Kommission beriet sich gestern über die von dem Prinzen Napoleon gegen seine Ausweisung eingebrachte Protest- und Beschwerdeschrift. Herr Beauffaire weist aus der Praxis der vergangenen Regierungen nach, daß die über eine Dynastie verhängte Absetzung stets eo ipso die Verbannung aller ihrer Mitglieder nach sich gezogen hätte. Herr Depeyre kann diesen Standpunkt nicht theilen. Seine Antipathie gegen die Napoleone könne nicht verdächtig werden, insbesondere sei ihm der Prinz Napoleon widerwärtig, weil er in diesem den wahren Urheber der italienischen und deutschen Politik des Kaiserreichs erblicke. Gleichwohl könne seiner Meinung nach für die gegen den Prinzen getroffene Maßregel als Rechtfertigung nur die Staatsraison geltend gemacht werden und das sei ein schlechter Grund, da man mit ihm füglich auch den Rechtsbruch vom 2. Dezember entschuldigen könnte. Er sei gleichwohl für die einfache Tagesordnung, weil der für den Akt verantwortliche Minister Victor Frane, das Kabinet inzwischen verlassen habe; doch müsse der Bericht zur Rettung des Prinzips einen Tadel des in Rede stehenden Regiments enthalten. Die Kommission theilte in ihrer Mehrheit diesen Standpunkt; denn sie ernannte Herrn Depeyre mit 11 gegen 4 Stimmen zum Berichterstatter. — Das 18. Kriegsgericht verurtheilte gestern den Kanonier Jean Codol vom 12. Artillerie-Regiment, weil er seinen Vorgesetzten, einen Brigadier, der ihn in Arrest brachte, ins Gesicht geschlagen hatte, zum Tode, desgleichen den schon mehrfach bestraften Gemeinen vom 117. Infanterie-Regiment, Pierre Monyet, der sich ebenfalls gegen seinen Sergeanten tödtlich vergangen und Beleidigungen gegen den Marschall Mac-Mahon und den Präsidenten der Republik ausgesprochen hatte. „Mac-Mahon“, hatte er gesagt, „ist nicht mehr werth, als die anderen. Was aber Thiers betrifft, so ist er nicht einmal ein ganzer Mann, ja (mit einem Wortspiel nicht einmal ein drittel Mann Thiers), nicht ein Viertel; ein Viertel von unserer Prodration hat er uns abgezogen.“

Verfaillies, 15. Januar. [National-Verammlung.] Die heutige Diskussion über die römische Frage war in sofern von besonderer Tragweite, als sie wiederum die Macht und den Einfluß darlegte, den die klerikale Partei in Frankreich errungen hat, und als sie zeigt, wie schwer es der Regierung wird, dem Drucke, sofort mit Italien zu brechen, zu widerstehen. — Belcastel drang darauf, daß die Regierung den Papst unterwerfe. Die große Frage des Jahrhunderts ist ihm zufolge die religiöse Frage; die politischen Kämpfe seien nichts im Vergleich mit dem riesigen Zweikampfe, der bei allen Völkern zwischen der Kirche und der Revolution begonnen habe. Dufaure begnügte sich damit, die drei gestellten Fragen kurz zu beantworten. Schließlich sprach er sein Ersuchen aus, daß eine solche Interpellation gestellt werden könne, da man hätte begreifen müssen, daß das geringste Wort im Vatikan oder im Quirinal Verlegenheiten bereiten müsse. Chesnelong, bekanntlich einer der eifrigsten Ultramontanen Frankreichs, schloß die Diskussion mit einer indirekten Drohung gegen Italien und Deutschland. „Ich will“, so sagt derselbe, „der Regierung durch keine Unklugheit Verlegenheit bereiten. Ich verlange nur, daß man über die Sicherheit und die Unabhängigkeit des Papstes wache. Die alte Politik, die alte Tradition Frankreichs muß weiter verfolgt werden, da dies in unserem gegenwärtigen Interesse liegt. Ueberall, wo es in der Welt ein katholisches Interesse giebt, ist auch ein französisches Interesse. Das Eintreten für dieses Interesse hat die Größe unseres Landes in der Vergangenheit geschaffen; es wird auch das Heil der Zukunft sein. Ich nehme die Worte des Siegelbewahrers an, da er mir die Versicherung gibt, daß die beiden Gesandten in Rom die nämliche Politik verfolgen werden,

und in der gegenwärtigen und gleichzeitigen Erniedrigung Frankreichs und des Papstthums will ich ein Pfand sehen, welches uns die Verheißung für eine doppelte zukünftige und eine feste Hoffnung giebt."

Italien.

Rom, 15. Jan. Unter der Ueberschrift „Der Koch, der die Gesetze gegen die Katholiken in Berlin bereiten muß" ergießen die Jesuiten der in Rom erscheinenden „Voce della Verita" jetzt ihren Zorn über den Prof. Schulte, der dabei in folgender liebenswürdiger Weise apostrophirt wird: „Aber lieber Schulte, einmal mußt du doch freipiren, du bist nicht allein Altkatholik, sondern auch ein alter Mann, und wenn deine Zeit kommt, mußt du fort. Ich weiß nicht, ob ein Priester an deinem Sterbebette stehen wird, noch viel weniger was für einer, aber auf alle Fälle wirst du eine Stimme hören, die dir ins Ohr ruft: „Gleicher, bald wirst du vor Gottes Richterstuhl stehen, aber allein, ohne Döllinger, der dich lobt, und ohne Bismarck, der dir hilft; Mörder deiner Kirche, gieb Rechenschaft!"

Man schreibt uns aus Mailand:

Kaum war die Nachricht vom Tode des Kaisers nach Mailand gelangt, so beschloß der Gemeinderath, ein Beileidschreiben an die Wittve zu richten, und eine von der „Perseveranza" eröffnete Zeichnung für ein in Mailand zu errichtendes Denkmal fand solchen Anklang, daß bereits in wenigen Stunden über 24,000 Lire gesammelt waren. Die größten Beiträge sind der des Grafen Aresce, des bekannten Freundes des Kaisers und vielgeschäftigen Unterhändlers zwischen ihm und Italien, mit 5000 Lire, der des Herzogs Melzi d'Eril, (dessen Herzogskrone ja Napoleonischen Ursprungs ist) mit 2000, der des „Herzogs von..." (1) Konjals ebenfalls mit 2000 Lire u. s. w. Uebri gens erinnert man sich aus der Geschichte von 1815 und der nächstfolgenden Jahre, wie die damaligen liberalen Mailänder auch dem ersten Napoleon und dem von ihm geschaffenen Königreich Italien große Sympathien bewahrten. — Selbst das „Diritto", welches als das vorzüglichste der italienischen Oppositionsblätter gegen die Oberlebensherrlichkeit, die Napoleon III. über Italien beanspruchte und Dank der Schwäche der Nachfolger Cavour's auch wirklich ausübte, stets eifrig gekämpft hat, widmet dem Verstorbenen ehrende Worte des Nachruhs. „Vor einem offenen Grabe", so laßt das „Diritto", ist es schwer, sich ein leidenschaftloses und richtiges Urtheil zu bilden, und doppelt schwer ist es für die Italiener, über einen Mann zu urtheilen, von welchem sich wiederholend läßt, was die Staal von der französischen Revolution gesagt hat: „er hat uns zu viel Gutes erwiesen, als daß wir von ihm Schlimmes, und zu viel Schlimmes, als daß wir von ihm Gutes sagen könnten." Inbessenen glauben wir allerdings — wir, die so oft Gegner seiner Politik gewesen sind — daß er für Italien wohlthätige Gesinnungen hegte, welchen aber ihr Werth benommen wurde durch dynastische Berechnungen und unvollständige und falsche Ideen."

Großbritannien und Irland.

London, 14. Jan. In einer Betrachtung über die Aeußerungen der französischen Blätter anlässlich des Ablebens Napoleons III. beklagt die „Times", daß man vergebens nach Spuren rückförender Vernunft und erwachenden Gewissens in Frankreich sucht. Die „Times" sagt:

Nachdem Frankreich Verbrechen und Fehler beaanen und Strafen erduldet hat, die ganz ohne Gleichen dastehen. sucht es jetzt nun die ganze Schuld auf den Mann seiner Wahl zu schieben, auf denselben Mann, dem es erst vor drei Jahren noch eine neue Verlängerung seiner Macht bewilligt, welche auf der Billianna seiner Politik und seiner Maßregeln ruhte. Heute machen ihn alle Parteien von Sündenbock für ihre Sünden und Thorheiten. Weil man denn doch einmal notgedrungen etwas Gutes an dem Manne anerkennen muß, so sagt man: „Es ist nicht so sehr der Mann als das System, welches wir verwerfen." Was ist denn aber das System? Es ist ein System, welches nicht ausschließlich dem Kaiserreich oder überhaupt irgend einer bestimmten Regierungsform anhaftet. Ludwig XIV. that in seinen Tagen alles, was Napoleon III. that, und war zur vollkommenen Befriedigung Frankreichs, bis es fand, daß Geld und Mannschaften erschöpft seien. Man kann sich unmöglich dem Gedanken verschließen, daß, falls Frankreich abgesetzt hätte, es den Imperialismus seines Herrschers abelltigt und fortan für die beste Regierungsform gehalten hätte. Es wurde geschlaen, und jetzt schiebt man die Schuld auf das Kaiserreich. Es ist allerdings schlimm, alles auf einen einzigen Mann zu setzen, der ohne blutige Revolution nicht entlassen werden kann; allein es ist nicht genug, den Imperialismus zu lästern, man mühte sich auch vor dem, was zum Imperialismus führt, daran denkt aber die französische Presse nicht.

Amerika.

New-York, 31. December. Der große Sturm von Weihnachten 1872, wie der Dr. K. an, der in voriger Woche über die ganze atlantische Küste von Amerika seine Schreden gesagt hat, in dem Andenken der Leute heißen wird, ist noch immer das Thema aller Unterhaltungen. Doch ist der Verkehr nun wieder regelmäßige, Thaumetter hat sich eingestellt und nur die unendlich langen Berichte von Schiffbrüchen und Secunfällen bringen die Entsetzen des Sturmes immer von Neuem in Erinnerung. Die europäischen Postschiffe, welche sämtlich ausgeblieben waren, kommen endlich an und jedes weiß von Gefahr und Noth zu berichten. Von den Schiffbrüchen ist der verhängnisvollste der des Schiffes „Peruvian" am Kap Gold. Dasselbe war mit einer kostbaren Ladung auf dem Wege von Singapore nach Boston und ging mit Allen an Bord, 26 Mann an Zahl, zu Grunde. Der „Peruvian" hatte 1150 Tonnen Gehalt und war mit der Ladung 1,000,000 Dollars werth. In derselben Nacht, den 26. Dez., sank die holländische Bark „Kadosch" mit Kapitän und 6 Mann, und ebenso ein Schooner, auf dem der Kapitän mit 5 Mann umkamen. Die deutsche Bark „Francis", auf dem Wege von Singapore nach Boston, scheiterte; die Mannschaft wurde gerettet, aber der Kapitän starb 48 Stunden nach dem Schiffbruche. — Die Delprinzen von Pennsylvanien haben wiederum zu streifen bejohoben. Um die Preise für Petroleum in die Höhe zu schrauben, sollen in den nächsten 20 Tagen keine neuen Delquellen gebohrt und die alten nur 12 Stunden täglich benutzt werden.

Vom Landtage.

28. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 17. Januar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministerisch Dr. Falk mit mehreren Kommissarien. Abg. v. Gerlach hat seinen Platz auf der ersten Bank des Zentrums eingenommen, den bisher Windthorst (Weppen) inne hatte. Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen wird fortgesetzt.

Abg. Graf Bethusy-Huc erkennt an, daß die vorliegenden Gesetze eine Verfassungsänderung enthalten. Es frage sich nur, auf welchem Wege die Verfassung abgeändert werden solle, ob durch Abänderung des betreffenden Artikels oder durch ein Spezialgesetz. Er müsse zwar die Vererbung anerkennen, ein solches Gesetz mit zweimaliger Abstimmung zu erlassen, zugleich wünsche er aber mit Herrn Bennigsen einen entsprechenden Ausdruck hierfür in der Verfassungs-Urkunde selbst. Die äußerste Nothwendigkeit zwingt zu einer solchen

Änderung, um dem Staate das oberhoheitliche Aufsichtsrecht zu wahren. Wenn Herr Dunder die Verfassung nicht ändern wolle und doch für absolute Trennung von Staat und Kirche spreche, so müsse er denselben darauf aufmerksam machen, daß letzteres gar nicht möglich sei ohne das erstere. Die Autorität der Kirche über Dogma und Moral werde in keiner Weise durch die Gesetze angetastet; sie behalte ihre vollständige Freiheit. Es handle sich hier nur um eine neue Praxis der Kirche gegenüber, daß diese nicht auf Verwaltungs- sondern auf gesetzgeberischem Wege geordnet werden solle, sei ein in hohem Grade anzuerkennender Schritt des Herrn Kultusministers. Die Nothwendigkeit des Gesetzes sei so klar, daß man sie nicht erst zu begreifen brauche, doch wolle er auf die §§ 20, 24, 25, 27, 77 und 78 des Syllabus hinweisen. Redner verliest die einzelnen §§. und führt an der Hand derselben aus, daß wenn es geltendes Recht wäre, was dort in Betreff der Parität gesagt sein Zusammenleben verschiedener Konfessionen unmöglich sein würde. Ihnen (im Zentrum) ist keinerlei Eintrag in rein kirchlichen Dingen geschehen; ich erinnere nur an das Dogma von der unbedingten Empfangnis (Geldäter im Zentrum), das immer nur eine ästhetische Behandlung und Würdigung gefunden hat. Ihre Feiertage und Prozessionen, die in gewissem Grade einen staats- ja sozialgefährlichen Charakter tragen (große Heiterkeit im Zentrum) werden nicht gehindert. Ja, m. H., denn heute liegt in den Einrichtungen der Feiertage und Prozessionen namentlich für die niedere Bevölkerung des platten Landes ein rechter Antriebs zur Unthätigkeit Trunkenboldigkeit und noch schlimmeren (anhaltendes Gelächter). Nicht wir, nicht der Staat ist unduldsam gegen die Kirche, er hat nie ein anathematisches Urtheil ausgesprochen, sondern die katholische Kirche ist es in ihrer modernen Ausartung, die auch von allem Vaterlandsgefühl absieht; wie mir denn ein westfälischer Adliger sagte, er sei ein Westfale und kein Preuze, und als ich ihm dann die Konsequenz der Auswanderung empfahl, sich rühmte; wir waren eher auf der rothen Erde als die Hohenzollern und warten, bis die Zukünftlinge auswandern. Sie erlauben mir den Namen zu verschweigen. (Abg. Windthorst: Heraus damit! Unruhe im Zentrum, im Interesse der Person und lasse es darauf ankommen, ob Sie die Wahrheitlichkeit meiner Mittheilung anerkennen.) Ich habe auch 1866 in Arnberg gehört, daß westfälische Landwehrabtheilungen den Kaiser Franz Joseph leben ließen. Von sich selbst haben die Leute das nicht, sondern von ihren Geistlichen. — Was das Gesetz selbst betrifft, so charakterisirt es sich in hohem Maße als ein Schulgesetz und verfaßt schon dadurch in eine nur dem Staat gehörige Domäne. Herr Dunder hatte gestern nicht Grund, die Knabenkonvikte mit den Rabattenhäusern zu vergleichen. Denn die Einrichtung des Rabatten ist doch wesentlich anders, als die des Konvikts; auf diesen wird durch eine mit ihrer Spitze außerhalb kulminierende Gewalt so eingewirkt, daß die Nothwendigkeit, den Beruf für den er sich vorgebildet hat, zu ergreifen, eine ganz andere ist, als für den angehenden Offizier. Dem Offizier ist es auch später immer viel leichter möglich, aus seinem Beruf zu scheiden, als dem Böglinge des Konvikts. In die Konvikte treten die Knaben nicht aus Liebe zum Priesterstande, sondern der materiellen Unterstützung wegen. Ebenso unangelegentlich ist die Ausbeutung des Verbots der marianischen und anderer Kongregationen. Auch sie stehen unter außerordentlichen Obern, auch sie haben ihr Oberhaupt in Rom. (Widerspruch im Zentrum.) In ähnlicher Weise sind die Priester-Seminarien und höheren Ausbildungsanstalten der jungen Geistlichen in späteren Jahren dem Aufsichtsbereiche des Staates entzogen und die von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln sind nur eine schwache Konsequenz des Schulaufsichtsgesetzes, indem sie sich aus Zweckmäßigkeitsrücksichten hegeben hat, die strengen Konsequenzen davon zu ziehen. Das Widerspruchsrecht bei Anstellung der Geistlichen hängt nothwendig mit ihrem Charakter als Staatsbeamte, mit den ihnen zustehenden Privilegien zusammen, der Staat kann sich seines Einflusses an die mit staatlichen Privilegien ausgestatteten Männer nicht begeben, was der Abgeordnete Dunder auch immer sagen möge. Ich kann somit behaupten, daß es sich weniger um eine Kirchenfrage, als einfach um eine Herrschaftsfrage handelt, für welche Sie immer mit der Behauptung citirenen, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. Der Gottesbegriff als Ausfluß der Moral war niemals Gegenstand der Kontroverse und sie können kein Staatsgesetz erziehen, das etwa gegen die zehn Gebote, den Fundamentalsatz des Christenthums, verstieße: du sollst Gott vor allen Dingen lieben und deinen Nächsten wie dich selbst. Würde sich die Regierung dagegen verhalten, wir bedürftigen nicht der katholischen Priesterkastei, um zu wissen, was wir zu thun hätten. Sie erkennen mit uns ein anderes Gebot an: Giebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, das heißt: du sollst das Gesetz des Staates befolgen — ausnahmslos! Das Wort „Gehorche Gott mehr als den Menschen" mag Sie berechtigen, sich den Strafgesetzen als Märtyrer zu beugen, es berechtigt Sie aber nicht zu sagen, die Bischöfe werden aufhören zu rebelliren, wenn der Staat aufhört gegen Gottes Wort zu rebelliren. Ich schließe mit der Bitte: Stellen Sie Gottes Gebote über die der Menschen, also auch über die des Papstes! Befolgen Sie die nach Ihrer Meinung dem Papste übertragene Auslegung der Gebote Gottes auf denjenigen Gebieten, auf welchen er sie allein ausüben hat, auf dem Gebiete des Dogmas und der Moral! Räumen Sie ihm aber nicht ein Recht ein über menschliche Dinge in staatlichen Angelegenheiten. Diese werden bei uns vom Hause der Hohenzollern, von der Staatsregierung und in Gesetzgebungsfragen auch von der Landesvertretung ausgeübt; wir werden sie zu wahren wissen! (Beifall, Zischen im Zentrum.)

Abg. Stroffer: Auch heute spreche ich wiederum nicht im Namen meiner Fraktion, nicht einmal im Sinne ihrer Majorität; doch das beruhigt mich wenig, da ich nie danach frage, wie viel Mann ich als Majorität hinter mir, sondern welche Prinzipien ich vor mich habe. Ich wiederhole, wie bedauerlich es ist, daß man uns eine so unendlich kurz gemessene Frist gelassen hat, um uns über diese so tief einschneidenden Vorlagen zu informieren, man konnte sie nicht einmal in den Fraktionen durchsprechen. Zuerst muß ich gegen Herrn v. Bennigsen's Behauptung protestiren, daß die Religionsgesellschaften der Staatsgesellschaft unterworfen sein müssen. Es giebt Grenzgebiete, wo Staat und Kirche gemeinschaftlich wirken sollen, aber unterworfen ist die Kirche dem Staate nicht. Er hat ferner ausgesprochen, keine wohlgeordnete Regierung dürfe solche Rechte aufgeben, wie sie die preussische seit 1850 ausgeübt habe. Die preussische Regierung wie sie seit 22 Jahren besteht, seit 10 Jahren mit Bismarck an der Spitze, die zwei Rönige, die in dieser Zeit geherrscht, werden sich bei Herrn v. Bennigsen für das Kompliment bedanken, durch welches ihrer Regierung die Eigenschaft einer wohlgeordneten abgesprochen worden ist. Herr Dunder brauchte einen noch stärkeren Ausdruck, er sprach von einer 22-jährigen Mißregierung. Für dieses Kompliment gratulire ich der Regierung; ich wünsche, sie möge auch in Zukunft in den Augen des großen Demokraten Dunder eine Mißregierung bleiben. (Gelächter.) Mit dem Abg. Grafen Bethusy sei er einverstanden, daß eine vollständige Trennung von Staat und Kirche unmöglich sei. Wenn derselbe ferner eine strenge Regelung der Grenze von Kirche und Staat fordere, so könne er denselben insofern nicht zustimmen, als der die Grenzen der Kirche viel enger ziehe als die Staats. Graf Bethusy wolle der Kirche nur Dogma und Moral zuweisen und doch müsse er wissen, daß die Kirche noch auf ganz anderen Gebieten zu wirken habe. Was nun die Vorlagen anlangt, so liege die Absicht vor, die Kirche so viel wie möglich einzugrenzen. Der hauptsächlichste Einwurf gegen dieselben bleibe der der Verfassungsänderung. Allerdings spreche man hier von dem Ausbau der Verfassung, aber es sei doch interessant, in welchem Sinne und Geiste die Verfassung ausgebaut werden solle. Diese gegen die Kirche erlassenen Gesetze zeigen eine ganz besondere Härte gegen die Geistlichen, eine Strenge, wie sie gegen andere Bergehen und Verbrechen nicht mehr geübt werde. Hoffentlich werde auch die Linke bei der Beratung sich bereit finden, hier insofern Gerechtigkeit walten zu lassen, daß die Geistlichen in dieser Beziehung mit den anderen Staatsbürgern gleichgestellt werden. Das vorliegende Gesetz zeichne sich durch große Unklarheit und Dehnbarkeit der Worte aus, die der jemaligen Interpretation den weitesten Spielraum gestatten. In Betreff der für die Bekämpfung der Geistlichen für nothwendig erklärten politischen Unbefähigkeit sei den Ausführungen des Abg. Dunder durchaus zuzustimmen. Die zahlreichen Nichtbefähigungen formaler Beamten hätten zu deutliche Beispiele geliefert, wohin eine solche Berücksichtigung der politischen Gesinnung führe. Schließlich bezweifelt Red-

ner ganz entschieden die Erfüllung der Hoffnungen des Kultusministers der durch die Annahme dieser Gesetze den Frieden zwischen Staat und Kirche für die Zukunft herbeizuführen hoffe, im Gegentheil werden sie den Kampf und Streit herbörren.

Kultusminister Dr. Falk: Den Sinn der ersten Lesung finde ich darin, daß die Prinzipien einer Gesetzesvorlage dargelegt und beleuchtet werden sollen. Als ich die Ehre hatte diese Gesetze dem Hause vorzulegen, glaube ich die leitenden Gesichtspunkte der Staatsregierung bereits deutlich und verständlich entwickelt zu haben. Es kommt hinzu, daß diese Gesichtspunkte gestern und heute in diesem Hause, wenn auch lebhaft bekämpft, doch auf der andern Seite eben so lebhaft und energigie Unterstützung gefunden haben. Bei solcher Sachlage konnte ich mir allerdings die Frage vorlegen, ob es nicht billig sei, mich bei dieser Diskussion nur hörend zu verhalten, und zwar um so mehr, als ich dem Abg. Stroffer darin ganz Recht gebe, daß eine Darlegung meinerseits über die Grundlagen der hier vorliegenden Fragen, schwerlich irgend Jemand an seiner Ueberzeugung, die er bereits gewonnen hat, abbringen werde. Es ist nicht möglich, diese Ueberzeugung und das Urtheil über diese Fragen anders festzustellen, als wie sie der Einzelne aus seiner ganzen Individualität, aus seiner ganzen Lebensentwicklung überhaupt und in politischen Dingen insbesondere, sich gebildet hat. Ich bin deshalb auch vollkommen überzeugt, daß ich unfruchtbar bin, beispielsweise mich mit dem Abg. Reichensperger darüber zu einigen, wie die historische Entwicklung sei, die uns zu den heutigen Verhältnissen geführt hat, oder über die Frage, was ist eine innere Angelegenheit der Kirche. Ebenso muß ich darauf verzichten, den Abg. Stroffer etwa überzeugen zu wollen, wie weit die Grenzen der Selbstständigkeit der Kirche gehen; noch weniger wird es mir gelingen, dem Abg. Dunder darzutun, daß ich mit dem Grafen Bethusy vollständig der Meinung bin, eine Trennung von Staat und Kirche, bei welchem Verhältnisse der eine Faktor von dem andern nichts weiß und nichts wissen will, ist für unsere Verhältnisse ein Ding der Unmöglichkeit. (Bört! links.) Ja, m. H., das ist etwas, was wir nicht bestreiten können; es ist eben für uns eine Unmöglichkeit. Ebenso bin ich nicht in der Lage ihn zu überzeugen, daß, wenn es sich darum handelt, die Macht des Ultramontanismus zu brechen, dazu schon die Mittel ausreichen, die genügen würden, wenn es sich darum handelte etwaige bedenkliche Auswüchse der Papisten und freien Gemeinden zu entkräften. Es sind das ganz andere, von einander total verschiedene Verhältnisse. Ich muß verzichten, dem Abg. Briel von seiner ihm tief durchdringenden bei seiner Gelegenheit loslassenden Besorgnis zu befreien, daß es sich darum handle die Union in der Provinz Hannover einzuführen. Er ist mit mir in der einen Gemüthsmeinung einverstanden: Mit Zwang und mit List führt man die Union nicht ein, die ist nur möglich, wenn die Gemüther vorbereitet sind. Wenn ich nichtsdestoweniger das Wort ergriffen habe, so haben mich einzelne Behauptungen dazu veranlaßt, die, so oft sie bestritten sind, doch immer wieder bestritten werden müssen, wenn sie von Neuem aufstehen, weil draußen im Lande diese Worte immer noch Wiederhall finden, so unrichtig sie auch ihrem Inhalte nach sind. Ich komme dabei zu zwei Sätzen, die der Abg. Reichensperger entwickelt hat. Er machte den Vorwurf, nicht in ganz direkten Worten, aber doch durch Hinweis auf Parallelen, daß die Staatsregierung wieder einmal französische revolutionäre Prinzipien in Gesetze übertragen habe. Wie man das bei der historischen Entwicklung der Dinge in den letzten 20 und in den letzten 2 Jahren noch behaupten kann, das vermag ich nicht einzusehen. Aber es ist ein gangbares Stichwort und deshalb will ich hier meinen lauten Widerspruch dagegen erheben: noch lauterer Widerspruch aber dem Worte, daß diese Gesetze zur Folge haben, würden eine Schwächung des christlichen Sinnes, eine Schwächung der sittlichen Kraft, der sittlichen Mächtigkeit, ich suche nach dem Worte, das der Abgeordnete gebraucht hat. Meine Herren! Wir haben es mit dem Gesetzentwurf wegen Vorbildung und Anstellung der Geistlichen zu thun. Nun, glauben Sie wirklich, daß ein Geistlicher, der dieses höhere Maß der Bildung, wenn es thatsächlich ein solches ist, sich schaffen muß, daß der weniger geeignet sein wird, die Heilswahrheit der Kirche mit Nachdruck und Erfolg zu lehren, und in diesen Heilswahrheiten zu befestigen? daß er zur Gottesfurcht zu führen, weniger geeignet sein wird? (Widerspruch im Zentrum) Das ist aber gesagt worden. Ist ein solcher Geistlicher, sage ich, weniger geeignet durch seelsorgerischen Zuspruch zu erquickern, zu trösten, aufzurichten und zu begeistern zu Werken christlicher Liebe? Ich frage, wer will das bejahen? Man kann vielleicht dazu lachen, aber ein Ja geben Sie mir sicher nicht. Glauben Sie, daß der Geistliche seinen Beruf weniger erfüllen wird, der durch die Erziehung für seinen Beruf mehr hingeeigelt werden soll in das Leben seines Landes? Und das ist ein zweites Populär der Vorlagen. Glauben Sie, daß ein Geistlicher, dem Garantien gewährt werden sollen, für die dauernde Annehmung seines Amtes, in diesem Amte matter und schwächer wird? Und endlich glauben Sie, daß ein Geistlicher, der in Folge des Gesetzes sich fern hält von jenen Agitationen, die nichts mit der Religion zu thun haben, weniger Kraft haben wird, sein geistliches Amt geistlich zu entwickeln? Nein, meine Herren, dieser Entwurf hat nichts davon an sich, was christlichen Sinn und sittliche Mächte zu schwächen geeignet ist, sondern kann sie nur stärken; und das muß hinausgesprochen werden in das Land, damit nicht immer wieder der Vorwurf gegen die Regierung gemacht werde, daß sie den Staat entchristliche und entstittliche. M. H., Sie nügen durch diese Worte Ihren Bestrebungen nichts, aber Sie verwirren die Gemüther draußen und deshalb muß ich Sie dringend bitten: seien Sie doch mit solchen Worten, die nur schaden können, vorsichtig und rufen Sie sie nicht so ins Land hinaus, wie das geschieht. Der Abg. Reichensperger hat einen Rückblick gethan auf verschiedene Maßnahmen, die im Wege der Gesetzgebung, zum Theil im Wege der Verwaltung getroffen sind. Ich glaube nicht, daß es recht wäre, diesen vielbesprochenen Dingen hier wiederum nachzugehen. Ich will nur eine einzige, thatsächliche Mittheilung rektifiziren, weil sie unrichtig ist. Sicher hat der Abgeordnete, als er auf das Verbot marianischer Kongregationen unter den Studenten hinwies, an die Verhältnisse von Bonn gedacht. Dieser Fall ist noch nicht einmal formell definitiv erledigt. Ich habe aus einigen Demonstrationen allerdings gesehen, daß die vom Zwange Betroffenen von der Auffassung des Abg. Reichensperger geleitet worden sind, dahin gehend, als ob die marianischen Kongregationen mit den Jesuiten verwandt wären. Davon ist durchaus keine Rede. Ich bin nicht in der Lage gewesen, das zu thun, selbst wenn ich es glaubte; denn der Bundesrath hat darüber zu bestimmen, was verwandt ist oder nicht. Aber es ist noch nicht im Entferntesten daran gedacht; es handelt sich lediglich um ein Mißverhältniß. Die Angelegenheit wird ja noch im Hause zur Sprache kommen, und da wird die spezielle Stelle sein, darüber zu reden. Eine allgemeine Frage möge mir der Abg. Reichensperger noch gestatten: man sagt ja, daß die Mitglieder der katholischen Kirche vor Allen vom dem Sag durchdrungen seien, zu geben dem Kaiser, was des Kaisers ist, also dem Staate das anzuerkennen, was des Staates ist. Und nun, meine Herren, wie verhält man sich ihrerseits, wie in den Kreisen, die Ihnen und Ihren Tendenzen nahe stehen, gegenüber den den rechtsäulig zu Stande gekommenen Staatsgesetzen? Das eine wird unter Protest angenommen. Häupter der katholischen Kirche scheinen auszu- drücken, daß es lediglich von ihm abhänge, ob sie diesen Gesetzen folgen wolle oder nicht. Ich meine dabei die bekannte Erklärung aus Fulda über das Schulaufsichtsgesetz; dann die bei jeder Gelegenheit wiederholten Erklärungen, diese Gesetze seien Rechtsbrüche, ungerechtfertigte Verletzung, Wegnahme und Zerstörung der Rechte der Kirche. Alles das wird immer wieder in den Schriften der Bischöfe, in einzelnen Aitenflüchen derselben, in den Wanderveranstaltungen wird das Wort im reichsten Maße hinausgeworfen, man braucht bloß die Zeitungen in die Hand zu nehmen, um auf jeder Spalte dergleichen zu finden und dann, m. H., das wirksame, tiefgreifende Mittel gerade bei dem Charakter unseres Volkes, das Mittel: zu beten, um die Abwendung der Gefahren, die durch diese Gesetze in das Land gebracht würden, das ist auch angewendet worden. (Widerspruch im Zentrum. Ja wohl! rechts und links.) Nun, m. H., wenn Sie sagen, das heißt dem Staate geben, was des Staates ist, dann verstehe ich es allerdings nicht. Meine Herren, ist solchen Thatfachen gegenüber die Regierung nicht gezwungen, die Wurzel abzugraben, die Quelle zu versäulen, aus der diese Strömung fließt? Die Regierung würde ihre Pflicht versäumen, wenn sie Angesichts solcher Verhältnisse nicht alle

Maßregeln ergreift, um eine feste Grundlage zu ihren Füßen zu haben. Hier kann nicht, wie der Abg. Dunder meint, durch Verwaltungsmagregeln geholfen, sondern es müssen klare Gesetze gegeben werden. Es ist gestern und heute die Frage des Nebeneinander von Staat und Kirche erörtert worden, und ob die eine höher stehe oder die andere. Nach meiner Meinung ist die Sache so: daß der Staat ebenso wie die Kirche auf ethischem Gebiete gleichberechtigte und sittlich gleiche Mächte sind, daß aber auf dem Rechtsgebiete der Staat höher steht. (Zustimmung links und Beifall.) Die Vorlagen halten an diesem Satz fest, sie ordnen vor Allem die Beziehungen, die auf das Rechtsgebiet fallen, auf dem Gebiet, wo der Staat, wie der Minister Ladenberg bei Vorlage der Denkschrift im J. 1848 aussprach, seine Thätigkeit eintreten lassen muß, um sich vor Gefährdung zu schützen. Ich komme auf die Verfassungsfrage. Ich habe von vornherein die Bereitwilligkeit der Regierung ausgesprochen, die Sache als Verfassungsmodifikation zu behandeln aus praktischen Gründen; habe aber auch erklärt, daß sie dieses Moment für durchgreifend nicht erachtet. Wird eine andere Form für besser erachtet, gelingt es, in anderer Weise eine Form zu finden, so kann dies keinen Differenzpunkt geben. Ich bin aber nicht berufen, im Allgemeinen zu erörtern, welche Bestimmungen der Gesetze vielleicht mit der Verfassung im Widerspruch stehen, und wo man die scharfe Grenzlinie zwischen beiden zu ziehen habe. Es ist gesagt worden, daß die Anstellung der Geistlichen eine innere Frage der Kirche sei. Das sind zwar auch Angelegenheiten der Kirche, aber sie greifen hinaus auf das Gebiet des Staates, welche ihn in seinem wesentlichen Interesse berühren und von ihm die Erfüllung der Pflicht der Abwehr fordern. Die Herren Brühl und Stroffer haben dem Staate bestritten, für die Privilegien, welche er der Kirche zuerkennt, als Äquivalent die Rechte zu fordern, welche dieses Gesetz ihm geben will. Ich bin durchaus durchdrungen davon, daß die Pflichten dieser Privilegien aufzugeben, in Wahrheit nicht vorhanden ist. (Sehr wahr!) Für mich ist indessen dieser Gesichtspunkt nicht entscheidend. Ich habe deutlich gesagt, auch wenn die Regierung in weiterem Umfange sich ändere, der Geistliche immer und unter allen Umständen ein einflussreicher Lehrer des Volkes ist. Wegen dieses bedeutenden Einflusses kommt es auf seine Privilegien nicht an und also auch nicht ein Äquivalent dafür. Der entscheidende Grund ist ein anderer. Als neulich hier von der Erziehung der Geistlichen die Rede war, fragte der Abgeordnete für Meppen, ob ich von national-liberaler Erziehung gesprochen habe, was ich damals für einen erfrischenden Scherz hielt, war aber, wie ich heute zu meinem Erstaunen erfahren, im Ernst gemeint. Hr. Reichensperger will ja auch eine nationale Erziehung und verweist auf Bonifacius und Karl den Großen. Wenn es nur nicht so lange her wäre, daß die Männer gelacht haben (große Heiterkeit), so würde diese Verweisung auf mich einen bedeutenden Eindruck gemacht und mir die Hoffnung, daß wir beide uns verständigen könnten über den Begriff der nationalen Erziehung. Wir verstehen unter nationaler Erziehung doch sehr verschiedene Dinge, nämlich Hr. Reichensperger und ich. Die nationale Erziehung giebt dem jugendlichen Gemüthe die Möglichkeit, stets von dem Leben der Nation berührt zu werden, sie ist bekannt mit den Verhältnissen der Nation, sie befähigt auch den, der nicht bestimmt ist, einst eine Familie zu begründen, den Kreis kennen zu lernen, in dem er vorzugsweise zu wirken berufen ist und ihn in seiner ganzen Bedeutung zu würdigen. Die nationale Erziehung wird von Mächten geleitet, die im Staatsleben stehen und nicht draußen. Daß Herr Reichensperger dergleichen nicht meinte, geht wohl daraus hervor, daß er im Jahre 1853, als jene Donation von 50,000 für die evangelische Kirche zur Verhandlung stand, es lebhaft befehlte, daß noch kein einziges Knabenseminar in Preußen bestünde, obgleich die Bulle de animarum salute der Kirche ein Recht darauf gebe. Es ist wahr, die katholische Kirche legt hohes Gewicht auf solche Seminaristen, namentlich von Rom aus. Der deutsche Geist hat sich dem, so lange es ging, stets entgegengesetzt. Die Thatfache, daß bis zum Jahre 1853 in Preußen noch kein Knabenseminar bestand, kann als Beweis dafür dienen, und auch anderswo ist gleiches der Fall gewesen. Es handelt sich um eine neue, fremde Pflanze im preussischen und deutschen Boden, eine Pflanze, die auch früher, vor 10 und 20 Jahren als eine naturwidrige niemals anerkannt worden ist. Dafür nur ein Beispiel. Die Verhandlungen über den Etat des Bisthums Ermland dauerten 12 Jahre, von 1848–1860, und der Punkt, um dessenwillen es nicht vorwärts gehen wollte, war der: Rom verlangte eine Subvention für ein Knabenseminar in Brannsborg, und die Regierung erklärte, daß das gegen die Ueberzeugung unseres Volkes und das deutsche Wesen sei. Die Donation bewilligen wir nicht. Welchen Werth die römische Kurie auf diese Seminare legt, beweist folgender Bericht des preussischen Gesandten etwa aus dem Jahre 1857, der folgende Aeußerung des päpstlichen Unterhändlers, des Kardinals Antici mittheilt: „Die Seminare der preussischen Diözesen nach und nach auf einen andern Fuß zu bringen, Knabenseminare (petits séminaires) einzurichten, aus diesen die Pflanzschulen für Priesterseminare zu machen, muß notwendig die Tendenz und das konstante Bestreben der Kirche sein und ist es immerdar gewesen. Nur auf diesem Wege können Priester, wie sie sein sollen, gebildet werden.“ (Hört!) Dies ist Prinzip, dies ist das römische Prinzip. Nun, m. H., ist es denn möglich, zu verlangen, daß Institute, die in diesem römischen Geiste geregelt werden, nationale Bildung gewähren können? (Ja wohl! im Centrum.) Es geht nicht an, die römische Kirche kann das nicht, sie ist universell, kosmopolitisch, aber nicht national. Ich sage also, nationale Erziehung ist auch diejenige, die im Lande geleitet wird, die ihre höchsten Stellen dort findet und nicht ohne Kontrolle nach römischen Prinzipien durch wohlgeschulte Werkzeuge von draußen geleitet wird. Der Abg. Brühl meint, die nationale Erziehung würde auf diese Weise von der Regierung bestimmt. Gewiß, sofern sie die Aufsicht zu führen und gewisse Grundzüge zur Befolgung aufzustellen hat. Aber eine Regierung ist nicht im Stande die nationale Erziehung willkürlich zu bestimmen, sie kann nicht anders als dem Bewusstsein der Nation Ausdruck geben; sie ist nicht auf ihre Willkür gestellt, sondern abhängig von dem Geiste, der die Nation in Wahrheit trägt und wenn sie einmal andre Schritte thut, so sind das nur vorübergehende; wenn sich der Geist der Nation klar darstellt, so hören diese Schritte von selbst auf. Der Abg. Stroffer hat gemeint, das Gesetz lege zu viel Macht in die Hände eines Ministers. Aber ich habe ja bereits bei meiner Einleitungsrede ausdrücklich darauf hingewiesen, daß, wenn es Ihnen gelingt, gewisse unbestimmte Sätze bestimmter zu fassen, dies uns nur garz erwünscht sein könne; wenn Sie also größere Garantien finden, so werde ich sie nehmen, unter der einen Voraussetzung, daß das Gesetz nicht lahm gelegt wird. Und von dem Standpunkt aus sind auch die Strafbestimmungen diktiert worden. Gesetze zu machen, die wegen der Kleinlichkeit der Folgen, die ihre Uebertretung mit sich führt, keine Wirkung haben, das werden Sie in diesen ersten Zeiten von der Regierung doch nicht erwarten. Was die evangelische Kirche betrifft, so hat Abgeordneter Brühl ausgeführt, daß sie von der Vorlage gar nicht berührt wird. Er sagt, das Examen mag vielleicht gut sein, es ist auch schon da, aber es ist ein sehr großer Unterschied, ob die Kirche es abhält oder der Staat. So groß kann ich in Beziehung auf das Maß dessen, was gefordert wird, den Unterschied nicht finden. Ich finde ihn allerdings groß, wenn es sich um die Frage handelt, wie gewinnt der Staat die Ueberzeugung, daß eine solche allgemeine Bildung, wie er für notwendig erachtet, vorhanden ist. Abgg. Brühl und Stroffer haben darauf hingewiesen, daß, wenn die in nicht zu ferner Entwicklung stehende Phase der evang. Kirche eingetreten ist, daß sie in der That selbständig geworden, ausgestattet mit den Organen, die hierzu geeignet sind, daß wenn das Gesetz auf sie ebenfalls Anwendung findet. Man ist sich dessen vollständig bewußt gewesen und man mußte die Bestimmung treffen. Wenn der Einfluss, den das Oberhaupt des Staates gegenwärtig noch auf die evang. Kirche übt und der es allein rechtfertigt, Uebergangsbestimmungen vorzuschlagen, wie sie vorgeschlagen sind, hinweggefallen ist, dann wird der Staat nicht fordern die evang. Kirche, aber er wird verpflichtet sein, auch um der andern willen, die Verhältnisse ihr gegenüber nach gleichen Prinzipien zu ordnen. Faktisch ist das Resultat bei der inneren Verschiedenheit beider Gestaltungen doch immer ein verschiedenes. Um so mehr wird man einen solchen Gedanken für gerecht halten, wenn man sich an das Wort des Abg. Brühl erinnert, daß die evang. Kirche Bedacht nehmen muß, die Bildung ihrer Theologen anders herzustellen als durch ein Studium auf der Univer-

sität; denn in diesem Worte liegt der Bruch mit den großen reformatorischen Gedanken der Ausbildung der evang. Geistlichen. (Sehr wahr! links.) Um so mehr Beruf für den Staat seine Augen von vornherein offen zu halten, damit er sich nicht wiederum dem Vorwurf aussetzt, warum hast du so lange gezögert? (Bravo! links.) Was die vom Abg. Brühl angeführten Spezialien aus Hannover betrifft, so muß ich bemerken, daß ich mich im Großen und Ganzen in meiner Hoffnung über die persönliche Haltung der dortigen evangelischen Geistlichkeit zum Schulaufsichtsgesetz nicht getäuscht habe, weil die Staatsregierung mit Mäßigung vorgegangen ist. (Abg. Windthorst: Na, na! Heiterkeit.) Zahlreiche Geistliche von dort hatten Protest eingelegt gegen das Gesetz, ich habe keinen deswegen entfernt. Allerdings ist in einigen Fällen den Geistlichen wider ihren Willen die Schulaufsicht entzogen worden, doch nicht über drei. Die übrigen wollten sie nicht behalten, sie wiesen sie zurück. Nun, mir fällt es nicht ein, jemanden wider seinen Willen zu zwingen, die Schulaufsicht zu führen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der Provinz Hessen. Die Entlassungen haben auch seit jener allgemeinen Bestimmung vom 15. Oktober vorigen Jahres nicht zugenommen, vielleicht das freiwillige Niederlegen, denn damit bin ich allerdings wieder von einer Anzahl Geistlichen bedroht. Ich kann Herrn Brühl zu seiner Beruhigung versichern, daß kein Mensch daran denkt, mit der von ihm angesprochenen Bestimmung Unionsmacherrei zu treiben. Es ist ausgesprochen worden, daß überall, wo besondere Verhältnisse es bedingen, es bei den bisherigen Verhältnissen bleiben müsse. Jene beiden von ihm erwähnten Hauptstädte bilden allerdings die Unterscheidungslehre der lutherischen Kirche von den übrigen, und deshalb gehören sie nicht in die Volksschule, sondern in den Konfirmations-Unterricht. (Zustimmung.) Die Erfahrung hat ferner bewiesen, daß die meisten Lehrer nach ihrer bisherigen Entwicklung nicht im Stande sind, in recht gedeihlicher Art diese beiden Stücke zu behandeln. (Lebhafter Beifall.)

(Der Ministerpräsident Graf Noth und Graf zu Eulenburg treten ein.)

Abg. Dr. Virchow. Für ihn sei die Verfassungsänderung gar kein Hinderniß das Gesetz anzunehmen, denn man habe in letzter Zeit schon soviel Beschlüsse gefaßt, die gegen die Verfassung seien, daß es nun auf einen mehr auch nicht ankommen könne. Es können doch keinen größeren Widerspruch mit der Verfassung geben, als das Gesetz für die Bildung des obersten Gerichtshofes für die neuen Provinzen; er und seine Freunde hätten gegen das Gesetz votirt, demnach sei es angenommen worden, und habe sich jetzt auch durch die Praxis in das Staatsleben eingeführt. Nun, habe man damals so votirt, könne man heute ebenso votiren. Uebrigens sei er auch nicht abgeneigt, für das Gesetz und die Aenderung der Verfassung zustimmen, wenn es aber nicht anders sein könne, denn er wolle gern zugeben, daß Zufälle sich entwickeln könnten, bei denen die verfassungsmäßige Aenderung gewünscht werden könnten, so z. B. wenn der Abg. Brühl etwa der Nachfolger des jetzigen Kultusministers werden sollte. (Heiterkeit.) — wozu er ja durchaus befähigt sei — da wäre es doch eine harte Sache, wenn er von seinem Standpunkte aus das Gesetz handhaben sollte, daß so etwas auch bei uns möglich sei, beweise ja das Auftreten der Synode zu Berlin, welche sich durch alle Beschlüsse von denjenigen über die physikalischen Verhältnisse der Sonne bis zu demjenigen über den Prediger Syon in eigenhändlicher Weise hervorthun. Redner geht auf die historische Entwicklung der Kirche über. Die alte Kirche sei die Trägerin der humanen Entwicklung, nicht aber die Trägerin der dogmatischen Entwicklung. Das ultramontane Papstthum, aus dem die jetzige ultramontane Kirche hervorgegangen, habe die Basen des Wohlwollens, die zwischen Staat und Kirche bestanden, vollständig vernichtet. Derjenige Staat, welcher der katholischen Kirche am wohlwollendsten gewesen, sei der preussische (Widerspruch im Centrum.) M. H.! Jetzt besprechen Sie Alles! (Heiterkeit!) aber was ich hier gesagt, hat ja ihr Parteimann, der Bischof Ketteler selbst ausgesprochen. Der preuss. Staat war gewiß der wohlwollendste Staat für die katholische Kirche außer den Kirchenstaaten, aber das Koncil habe dieses Wohlwollen vernichtet. Redner wendet sich demnach gegen die Ausführungen des Abg. Reichensperger. Der von diesem ausgesprochene Grundsat: Staat und Kirche seien gegenseitige Versicherungsanstalten, sei überaus gefährlich.

Ich freue mich, daß das Gesetz den Gedanken völlig aufgiebt, als ob Staat und Kirche gegenseitige Versicherungsanstalten wären. Herr Reichensperger hat noch gestern wunder welchen Eindruck zu machen geglaubt, als er fragte, was aus der Welt werden solle ohne die Kirche, welche die Schlüssel zum Himmel habe. Sollte wirklich die Welt zur Ruine werden, wenn diese Schlüssel verloren gingen? (Heiterkeit.) Der Staat ist eine weltliche Einrichtung und darf nicht abhängig sein von der Kirche. Wenn der Staat die Mittel der Kirche braucht und benutzt, wenn er ohne dieselben nicht existiren kann, so sollte er gar nicht existiren. (Sehr richtig!) Sollte Frankreich ohne die Kirche nicht leben können, so wäre eben sein Todesurtheil gesprochen. Ich behaupte, daß die Staaten dieser Mittel nicht bedürfen, wenn ihre Einrichtungen sittliche Einrichtungen sind. Können Sie nun behaupten, daß die Haltung der deutschen Bischöfe bei und nach dem Vatikanum eine sittliche war? Sittlichkeit fest Wahrheit der Ueberzeugung voraus — nicht Wahrheit des Glaubens, wie Sie sich einbilden — und wenn nun ein Bischof monatelang, ja fast jahrelang gegen die Unfehlbarkeit schreibt und spricht und dann plötzlich inspiert wird: das Alles war ja dummes Zeug! (Große Heiterkeit, Ruße im Centrum: Das können Sie nicht beargen!) Ja, wir verlangen eben, daß wir es begreifen können. (Ruße im Centrum: Materialismus!) Schweigen Sie doch mit Ihren Redensarten von Materialismus! Ich habe mich noch kürzlich bei einer gegebenen Gelegenheit öffentlich dagegen ausgesprochen, aus dem Materialismus ein System neuer Dogmen zu machen, aber ich halte allerdings eine Handlung, die nicht auf einer inneren Ueberzeugung beruht, für unsittlich und wenn ein Bischof göttlich inspiert wird, alles das, was er monatelang verteidigt hat, für Unsin zu erklären, so sage ich: Der Mann ist ein Heuchler! (Unruhe.) Er läßt sich ja unterhandeln mit dem Klerus, wenn man nur der Kirche die nöthigen Konfessionen macht; für uns hat aber nur die Freiheit der individuellen Ueberzeugung Werth. Wir leugnen, daß zum Glauben auch der Klerus gehört, der für Sie eine dogmatische Einrichtung ist. Der Dogmatismus hat es nur mit übernatürlichen Dingen zu thun; mit den natürlichen, u. zu diesen gehört doch wohl der Klerus (Heiterkeit), allein der Staat und deshalb ist die ängere Organisation der Hierarchie von der staatlichen Gesetzgebung nicht auszuheben. Wir befinden uns im innern Kriege, der aus der Formirung des italienisch-päpstlichen Grundgedankens entsprungen ist, und wir können uns nicht verhehlen, daß die Stellung der Regierung gefährdet werden muß. Lieber hätte ich es freilich gesehen, wenn die Regierung bei der Gemeindeverwaltung ein Hebel angefaßt hätte. Das ist die einzig rationelle Lösung der Frage. Denn ich halte es sehr wohl für möglich, die Religion zu erhalten ohne die Hierarchie. (Zustimmung.) Denken Sie an das Judenthum, das einzig auf der Gemeinde beruht. Hierarchie ist Selbstzweck, bei dem einer dem andern sein Wohlbefinden garantiert (Heiterkeit). Ich habe eine Sympathie für die Staatsregierung der Geistlichkeit; aber soviel erkenne ich an, daß sich der Vorstoß der Regierung zu der gegenwärtigen Erziehung des Klerus verhält wie der Morgen zur Nacht. Das klerikale System der Jugendregierung hat zur Voraussetzung, daß kindliche Gemüth vom Gang der allgemeinen, nationalen Bildung völlig auszuschließen. Wie sittlich das wirkt, haben viele Gerichtsverhandlungen der letzten Jahre zur Genüge erwiesen. (Widerspruch im Centrum.) Halten Sie es für eine sittliche Form der Jugendregierung, wenn die Lehrer sich bei Nacht und Nebel den gerichtlichen Verfolgungen entziehen müssen? Diese Art Knabenseminare diene ganz anderen Zwecken, als religiöser Erziehung. Ich sehe in der Vorlage eine große Verbesserung, einen ersten Schritt, sich aus den Fallstricken der Kirche herauszuheben und als Emanzipation, als Verweltlichung des Staates begrüße und unterstütze ich sie. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ein Freund von der linken Seite des Hauses sagte mir, ich sollte mich nicht anfrengen, die Gesetze würden dennoch votirt werden. M. H., ich denke, Sie werden alles in Ruhe überlegen und uns das freie Wort gestatten. Es ist freilich neu-lich angedeutet worden, man gestalte uns zu viel Redefreiheit, und es sollte mich gar nicht wundern, wenn ein Antrag käme, dem Centrum

das Wort zu entziehen. (Heiterkeit im Centrum.) Bei der Beurtheilung der Dinge sehe ich mich nach den Umständen um. Es ist in den höheren Regionen unserer Regierung eine Aenderung vorgegangen, die eine gewisse Aengstlichkeit hervorgerufen hat. Der Herr Ministerpräsident hat weiter nichts gesagt, als daß er aus Krankheitsrücksichten abgegangen und aus Gesundheitsrücksichten wieder eingetreten ist. (Heiterkeit.) — In Betreff dieser Gesetze hat der Abg. Virchow gesagt, daß man dem Kultusminister eine Stärke und Kraft verleibe, die in den Händen des Abg. Brühl recht gefährlich werden können. Weil diese Kraft nur gegen die katholische Kirche gerichtet ist, deshalb kann sie gewährt werden. Daß die Gesetze eine Verfassungsänderung enthalten, ist anerkannt. Die Stimme des Abg. Dunder war die erste von liberaler Seite, welche die gefunden Prinzipien der Freiheit verteidigte. (Sehr wahr! links.) Sie, m. H., von der linken Seite haben sich schon so in die Rolle einer ministeriellen Partei eingelassen, daß ich mich später an diese (rechte) Seite des Hauses als die liberale wenden muß. Ich will gerne alle Privilegien aufgeben, wenn der Staat nur nicht in die Kirchenverwaltung eingreifen wolle. Dagegen soll es einem Jeden frei stehen, einer Kirche anzugehören oder nicht. Ich halte dies nicht für wünschenswerth, aber es ist die beste Methode, in ruhige Verhältnisse zurückzukehren, nachdem der Staat sich vollständig von der Kirche abgemeldet hat. Aber es wird in dieser Beziehung ein Rückschlag eintreten. Jetzt kann ich nur sagen, daß diese Gesetze die größte Tyrannei gegen die Kirche enthalten, die reine nackte Gewalt wie in den ersten drei Jahrhunderten. Wollen Sie diese Gewalt in die Hände der Regierung legen, so mögen Sie sich vergegenwärtigen, welche Folgen für die bürgerliche Freiheit dies haben wird. Es ist die Bedürfnisfrage angeregt worden, es ist von Veränderungen in der katholischen Kirche gesprochen worden; man hat von der Staatsgefährlichkeit dieser Kirche geredet. Als staatsgefährlich ist der göttliche Stifter unserer Religion vor Pilatus auch verurtheilt worden. Der Herr Minister hat gesagt, die Bischöfe hätten gegen die Staatsgesetze protestirt, hätten sie Rechtsbrüche genannt. Darauf erwidere ich, daß man den Gehorham gegen die Staatsgesetze von der Kritik trennen muß. Ich finde auch, daß das Schulaufsichtsgesetz ein Rechtsbruch ist, und das sollte man nicht sagen dürfen? Seit wann ist die Kritik angewiesen, die Beurtheilung der Gesetze aus dem Kultusministerium zu holen? (Bravo im Centrum.) Man hat gesagt, daß von den Katholiken das Gebot zur Abwehr der Gefahren angenommen worden ist. Freilich, die Gelegenheit zu beten werde den Leuten in Posen bereits genommen; Unruhe (links) das ist geschehen. Man hat den Jesuiten die Messe zu lesen verboten, das ist eben so viel, als wenn man ihnen das Beten verbietet. Der Herr Kultusminister hat seine Rede mit einer Reihe von Verzichtungen angefangen, ausgenommen in Betreff der Nationalliberalen und des Grafen Bethusy-Huc. Er sagte aber, daß b. i. diesen Gesetzen hauptsächlich auch seine individuelle Meinung bestimmend gewesen sei; das ist ungeheuer wichtig. Es bedeutet, daß dies Erziehungsweisen des evangelischen und katholischen Klerus in schließlicher Instanz in die Hände des Herrn Kultusministers gelegt wird. Da haben wir den infalliblen Kultusminister. Dann hat der Abg. Virchow gesagt, daß die Entwicklung des italienischen Papstthums eine absolute Verneinung des Staates sei. Ich erkenne zunächst kein italienisches Papstthum an. Wenn irgend eine Institution sich abheben kann von der Nationalität, so ist es das Papstthum. Es hat für die Erziehung aller Nationen in gleicher Weise gesorgt. (Unruhe links.) Der Abg. Dunder sagte, ich erkenne das an, aber wenn der Sohn mündig ist, fragt er nichts mehr nach der Mutter. M. H., das thut er doch erst, wenn sie todt ist, und das ist sie zu unsern Allen Glück noch nicht. (Sehr gut! im Centrum.) Staatsgefährlich soll nun sein der Syllabus, die Enchiridion und das vatikanische Koncil. Es ist mir höchst merkwürdig, daß der Syllabus 1871 für staatsgefährlich gehalten wurde, während er doch nur Sätze enthält, die schon lange vorher ausgesprochen und in Gültigkeit waren. (Heiterkeit im Centrum.) Auf die einzelnen Gesetze einzugehen würde zu weit führen. Wenn alle Zitate des Abg. Virchow so falsch sind, wie das, welches er der Rede des Bischofs Dupanloup entnahm, so hat er uns heute nicht viel richtiges gesagt. Ich glaube aus unseren inneren Kämpfen werden die Franzosen keine Hilfe erwarten. Wenn wir gefragt sind, ob wir glauben, ein gebildeter Priester werde weniger heilsam wirken, so antworte ich, unsere Priester sind gebildet, freilich nicht eine Bildung nach David Strauß; ich behaupte entschieden, die Gesekentwürfe riefen nach David Strauß. Der Graf Bethusy hat von den gemischten Eben gesprochen und gesagt, daß die Leute, welche gemischte Eben eingehen, von den Katholiken nicht freundlich behandelt werden. Das geschieht in der evangelischen Kirche ebenfalls. Er hat von einem Mitgliede unserer Fraktion gesprochen und hat seine Worte angeführt. Ich bin der Meinung, daß wir dafür nicht verantwortlich sind, ebensowenig, wie der geehrte Herr die Verantwortlichkeit für die Dummheiten seiner Freunde auf sich nehmen wird. (Große Heiterkeit.) Wenn er von den Aeußerungen der Landwehrbataillone sagte, sie seien hochverrätherisch gewesen, so will ich ihm nur bemerken, man geht ungern von Weib und Kind und ist in der ersten Zeit etwas unvorsichtig; dann sind diese Landwehrleute keineswegs die katholische Kirche oder gar die Geistlichen. Als der Graf v. Eulenburg-Strum seine Meinung von der Wohlthätigkeit der Gesetze darlegte, habe ich überall ein gewisses Erstaunen bemerkt, als er plötzlich seinen Sprung auf die auswärtigen Angelegenheiten machte, und glaube, daß er aus der Schule schwakte und wundere mich gar nicht, daß der Negationsrath Stumm in Rom ist, und nicht der Graf Eulenburg-Strum. Er wies hauptsächlich auf die Nothwendigkeit einer italienischen Allianz hin. Ich halte eine Allianz mit Italien für den Anfang des Unfalls. So lange eine solche dauert kommt weder Deutschland noch Europa zur Ruhe.

Nun noch einige einzelne Punkte. Ich weiß nicht, weshalb ein Geistlicher nur auf dem Seminar seiner Heimath gebildet werden soll. Entweder ist das Seminar gut, dann ist es für Alle geeignet, oder schlecht, dann ist es für Keinen passend. Wenn Sie die Knabenkonvikte schließen, müßten Sie auch die Kadettenhäuser schließen; denn dort wird den jungen Leuten ebenfalls nur ein militärischer Geist beigebracht, man richtet sie auf das Tödteln ab.

Es ist nichts als eine brutale Gewaltthat, wenn man die mit großen Kosten verbundenen Seminare aufheben wollte. Sie sind ein Mittel, um aus den ärmeren Klassen der Bevölkerung Geistliche heranzubilden, weil sie diesen eine wissenschaftliche Ausbildung ohne große Kosten ermöglichen. Aus ihnen gehen nicht nur Geistliche, sondern auch andere tüchtige Männer hervor. Dann will ich Ihnen noch zu bedenken geben, daß eine große Summe Geldes erforderlich sein wird, um diese Gesetze durchzuführen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß dies Gesetz nicht als Unzufriedenheit im Lande hervorrufen wird. (Unruhe links.) Deshalb bitte ich Sie, dieses Gesetz abzulehnen.

Ministerpräsident Graf v. Noth: Ich will und kann auf eben gehörte Reden nicht antworten, theils wegen vorgerückter Zeit, theils weil der Kultusminister, was die Sache betrifft, meine Unterthänigkeit nicht bedarf. Der Vorredner hat uns seine Ansicht über das Gesetz vorgetragen. Ungeachtet der zahlreichen fomiischen Effekte seiner Rede bin ich nicht berechtigt, sie anders als sehr ernsthaft zu verstehen und werde sie auch so zu beantworten. Er behauptet, ich hätte neulich nach der Rede des Kultusministers absolut nichts, gar nichts zuzufügen gehabt; ich hätte überhaupt nichts gesagt, als daß ich meinen Abschied gefordert und wieder zurückgezogen habe, daß ich krank gewesen und wieder gesund geworden bin. Ich wünschte, er hätte Recht. Damit wollte er zu verstehen geben, ich hätte absichtlich geschwiegen, hätte absichtlich das Einverständnis zu dem vom Kultusminister eingebrachten Gesetzen nicht ausgesprochen. Ich habe das ausdrücklich gethan.

Wenn er bei Bemängelung meiner Rede, die nur eine Bestätigung dessen sein sollte, was Graf Eulenburg Tags zuvor gesagt hatte, andeuten wollte, daß wir uns in verschiedenen Auffassungen befänden, so muß ich dem widersprechen. Ich war mit dem Gesamtministerium lange übereingekommen, nicht daß wir Rom mit Krieg zu überziehen hätten, wohl aber, daß wir uns gegen Rom zu wehren haben und das geschehe zu der Zeit, wo über die Alpen die große Nachricht zu uns kam, was der Strocchio von Rom uns unsere deutschen Bischöfe als römische zurückführte.

Von da an gehörte wenig Voraussicht dazu, um zu erkennen, wie viel Ursache der Staat habe, auf seiner Hut zu sein. Diese Voraussicht (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

sicht hat sich leider bestätigt. Deswegen war also lange vor der vermeintlichen Ministerkrisis Einmütigkeit im Ministerio über die Nothwendigkeit von Abwehrmaßregeln; und hierzu rechnen wir diese Gesetze.

Jeder, auch das Ministerium ist dem Irrthum unterworfen, es ist möglich, daß diese Gesetze den beabsichtigten Zweck nicht, oder nicht ganz erfüllen. Das ist ja gerade einer der Vorzüge der konstitutionellen Regierung, daß es nicht allein auf das Arbitrium von acht oder neun Männern ankommt, die sich als Gesetzgeber konstituieren, sondern daß ihre Vorschläge noch so und so vielen Sachkundigen vorgelegt werden. Ich konstatire also, daß es sich um Maßregeln der der Gegenwehr handelt und daß das Ministerium über dieselben einig war, lange bevor das eintrat, was Sie mit Unrecht eine Ministerkrisis genannt haben.

Ich konstatire ferner, daß ich es heute wie neulich für überflüssig halte, das mir auch heute vom Vordredner abverlangte politische Programm auszusprechen. Ich konstatire endlich, daß dies deshalb nicht nöthig, weil das Ministerium, dem ich die Ehre habe vorzusprechen, in allen seinen Absichten und Intentionen dasselbe geblieben ist, wie vorher. Und wenn ein Punkt in meiner neulichen Auslassung noch immer nicht verstanden worden ist, wenn sogar neue Zeitungsartikel geschmiedet werden, die das Räthsel lösen sollen, und die alle schief sind und verzerrt in der Karrikatur die Thatsachen wiedergeben und darum mit Recht als Fälschungen bezeichnet werden, so kann ich es pure aussprechen: — es lag gar nicht so fern — man zerbricht sich den Kopf darüber, wie zu Weihnachten der älteste Minister zur Fortführung der Geschäfte bezeichnet wird, während zu Neujahr dieselbe Person zum Ministerpräsidenten ernannt wird.

Nun, der erste Ausspruch befaßt doch deutlich und bestimmt, daß an die Stelle des abtretenden Ministerpräsidenten kein neuer, dem Ministerium fremder Mann eintreten soll. Und darum war solche Aeußerung in der Ordre nöthig, geschäftlich ganz unnöthig, weil es sich ja von selbst versteht, daß der älteste Minister die Geschäfte fortführt, wenn ein Ministerpräsident da ist oder wenn er verhindert ist.

Mit demselben Recht habe ich die Geschäfte des in Barzin abwesenden Ministerpräsidenten den Sommer hindurch geführt, ohne daß das in einer königlichen Ordre gestanden hat. Es hatte also diese Bedeutung und hoffentlich wird nun alles klar und verständlich werden. Ich habe in der That geglaubt, daß diese Deutung nicht so fern lag. Der Artikel der „Kölnischen Zeitung“, der sich das Ansehen gibt, als stamme er von wohlunterrichteter Seite, gilt für mich als durchaus mißverständlich. Der Mann, der schreibt, hat wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt, die Glocken läuten hören, aber nicht erfahren, wo sie hängen. Ich hoffe, daß damit nun endlich die vielen, nach meiner Meinung unnützen Worte, die über die sogenannte Ministerkrisis gesprochen, geschrieben und gelesen worden sind, ein Ende haben werden.

Um 4½ Uhr wird die Diskussion mit einer Fluth persönlicher Bemerkungen geschlossen und die Vorlage einstimmig an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Erste Berathung der kirchlichen Gesetze.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Januar.

Wie verlautet, wird der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Graf Königsmark in der nächsten Woche nach Berlin übersiedeln. Die Oberpräsidial-Geschäfte werden bereits seit Donnerstag, den 16. d. M., durch den Regierungs-Präsidenten Herrn von Wegnern versehen.

Fürst Bog. Radziwill soll am Tage vor seinem Tode, wie dem ultramontanen „Eras“ von hier geschrieben wird, noch dem Kaiser gegenüber die katholische Kirche in Schutz genommen, und ihm eine Denkschrift über die gegenwärtige Lage derselben im preussischen Staate eingehändigt haben.

Die Provinz Posen, von 1793–1807 ein Theil des damaligen Südpreußens, stand Anfangs unter Leitung des Ministers v. Bof, dann unter der des Grafen v. Hoym, später seit 1797 wieder unter der des Ministers v. Bof. Nachdem alsdann während der Jahre 1807–1815 die Provinz zu dem Herzogthum Warschau gehört hatte trat im Jahre 1815 Fürst Anton v. Radziwill als kgl. Statthalter an die Spitze des Großherzogthums Posen. Unter ihm waren Oberpräsidenten: Kerboni di Spofetti, dessen Wirkungskreis durch die Verordnung vom 31. Dezember 1825 festgestellt wurde, nach ihm bis zum Jahre 1830: v. Baumann. Nach dem Aufhören der Statthalterschaft trat an die Spitze der Provinz i. J. 1830 als Oberpräsident C. F. Flottwell, i. J. 1841: v. Arnim, i. J. 1843 v. Beumhain, i. J. 1850 v. Bonin, i. J. 1851 v. Puttkammer, i. J. 1860 auf Neue v. Bonin, i. J. 1863 v. Horn, und i. J. 1869 Graf v. Königsmark. Seit dem Abgange Flottwells hatten wir also achtmal Wechsel in dieser Stelle, so daß durchschnittlich jeder Oberpräsident nur etwa vier Jahre bei uns geblieben ist.

Fräulein Lina Mayer vom k. russ. Hoftheater zu St. Petersburg, den Posenern von ihrem früheren Gastspiel her auf's vortheilhafteste bekannt, hat gestern ein neues Gastspiel auf dem hiesigen Theater mit „Offenbach's Pariser Leben“ begonnen. Das Repertoire der geschätzten Künstlerin ist vorläufig wie folgt festgestellt worden: Sonntag: „Blaubart“, Dienstag: „Schöne Helena“, Donnerstag: „Urlaub nach Kapfenreich“ und „die gebildete Köchin“.

Die städtische Einkommensteuer erhält in diesem Jahre einen unerwarteten, wenn auch nicht bedeutenden Zuwachs dadurch, daß viele polnische Einwohner unserer Stadt, welche nur von einem Einkommen von 250 Thlr. besteuert worden sind, von dem für die Stadtverordnetenwahlen zusammengetretenen polnischen Komitee veranlaßt werden, sich von 300 Thlr. Einkommen besteuern zu lassen, um auf diese Weise die Anzahl der polnischen Stimmberechtigten in der III. Wählerabtheilung zu vermehren.

An der Realschule stehen zu Ostern d. J. wohl sehr bedeutende Veränderungen bevor, indem in Folge der neuen Ministerial-Verfügung, betr. die Unterrichtssprache an den höheren Lehranstalten unserer Provinz, die schwach besuchten polnischen Cöten der unteren Klassen, in denen bisher die polnische Unterrichtssprache angewendet wurde, in Wegfall kommen werden. Von neueren Kräften unterrichten gegenwärtig an der Anstalt die Herren Dr. Hohlstedt, Rump, Hennig, Kärger und der katholische Probandus Hr. Dr. Lindner, die sämtlich noch nicht definitiv angestellt sind. Für die durch den Abgang des Hrn. Professor Dr. Haupt erledigte Stelle haben sich etwa 20 Kandidaten gemeldet und wird, wie man hört, die Wahl in der nächsten Woche stattfinden. Hr. Dr. Geist übernimmt das Direktorat der Anstalt zu Ostern d. J. Am Montage besuchte der Reg. und Prov.-Schulrath Hr. Dr. Bolte sowohl die höheren als niederen Klassen der Anstalt, theils um die neueren Lehrkräfte kennen zu lernen, theils auch, um sich von den Fortschritten der Schüler der polnischen Cöten im Deutschen zu überzeugen. Die Vorbereitungsclassen für die Realschule befinden sich seit Michaeli d. J. in den oberen Stockwerken des Gebäudes. Einer der Schüler dieser Klasse stürzte bekanntlich vor einiger Zeit, indem er auf dem Geländer der Treppe hinabwachte, von oben herunter; glücklicherweise ist derselbe bereits so weit genesen, daß er schon längst wieder die Schule besucht. Um nun einen ähnlichen Unfall zu vermeiden, sind auf den Geländern der Treppen vor etwa einer Woche eiserne Knöpfe angebracht worden, die es den Schülern schlechterdings unmöglich machen, auf den Geländern hinabzurutschen;

ebenso sind die Geländer zwischen Treppenhäusern und Korridoren durch Aufsetzen von eisernen Stangen erhöht worden.

Für die katholischen Lehrerseminare unserer Provinz werden neue Böglinge angenommen: in Posen am 10. und 11. Juni d. J., in Paradies am 16. und 17. Juni, in Erin am 13. und 14. August. Die Prüfung der Seminaristen und Aspiranten wird stattfinden in Paradies am 26. Juni und den folgenden Tagen, in Posen vom 3. Juli ab, und in Erin am 16. August und den folgenden Tagen.

Voten des Frühlings. Im freien gewachsene Blumen sind uns gestern von Herrn Schröder aus Moschin übersendet worden; es sind dies die Blüten des gemeinen Hufslattigs, Tussilago farfara, der doch sonst nicht zu den ersten Zeichen des beginnenden Frühlings gehört. Da gestern schon ein dichter Schwarm Dohlen über unsere Stadt gezogen ist, so fragen wir wohl mit allem Rechte: wann hat der Winter geendet, wann der Frühling begonnen?

Die Nummerierung der Häuser in der Friedrichstraße war bisher eine äußerst unvollkommene, indem manche Häuser bis 5 Nummern, andere dagegen mit den benachbarten Häusern ein und dieselbe Nummer hatten. So z. B. führte bisher das neue Kratochwil'sche Haus gegenüber der Frohnveste, aufgebaut an einer Stelle, wo früher 5 Häringshäuser standen, die Nummern 2–6, und das Güntersche Haus daneben, wo ehemals auch wohl 3 Häringshäuser sich befanden, und später dann die Friedrichstraße stand, die Nummern 7–9; ebenso das benachbarte Lepelt'sche die Nummern 10–12. Dagegen waren sämtliche auf dem früher Zychlinski'schen Grundstücke entstandenen neuen Gebäude mit der Nummer 28 bezeichnet. Auf Veranlassung des Polizeidirektors ist nun in dieses Chaos von Hausnummern eine Regelung gebracht worden, und sind darnach die Häuser in folgender Weise zu nummerieren: Nr. 1 (früher auf dem Rammann'schen Gebäude, welches jetzt zur Schlossstr. zählt) kommt auf das Kratochwil'sche Gebäude. Nr. 2 auf das Güntersche, Nr. 3 auf das Lepelt'sche u.; das Postgebäude (früher Nr. 15) erhält Nr. 6, die alte Landchaft (früher Nr. 16): Nr. 7, die Provinzial-Altienbank (früher Nr. 17): Nr. 8 u., das Spritzenhaus am Neustädter Markt (früher Nr. 25): Nr. 17, die beiden benachbarten Tilsner'schen Grundstücke (früher 27 und 27a): Nr. 18 und 19, das Terpis'sche (früher 28) jetzt 20, das Napf. Fischer'sche (28a) jetzt 21, das Jof. Löwenthal'sche (28b) jetzt 22, das Annus'sche (28c) jetzt 23 u. das Kegel'sche (32a) jetzt 27, das Franz'sche (32b), jetzt 28, das Below'sche (33b) jetzt 29, das Tilsner'sche (33a) jetzt 30 das Binius'sche (36/37) jetzt 31, und Inquisitoriat (früher 38) jetzt 32.

Der „Diennist Pozn.“ spricht in einer Korrespondenz aus Berlin, die wohl aus der Feder eines polnischen Abgeordneten geflossen ist, die Ansicht aus, „ob der Nachfolger des Grafen Königsmark Horn, Selchow, Wladai oder Nordenflicht werde, das ändere in der Lage der Polen nichts, wenn sich nicht gleichfalls das bisherige System ändere, und dazu seien auch wohl nicht im mindesten Ansichten vorhanden“.

Eine Wittwe, deren Mann vor zwei Monaten begraben worden war, machte Freitag Abends den Versuch, sich mit ihren beiden Kindern von der Wallischbrücke ins Wasser zu stürzen, wurde jedoch daran verhindert. Das Motiv zu dem Vorhaben soll in Nahrungssorgen bestanden haben.

Polizeiliche Mittheilung. Gefunden: eine Pelz-Bellereine, ein Rohrstod, 7 Schlüssel verschiedener Größe. Verloren: ein Notizbuch mit Messingblech-Einfassung, ein schwarzer Tuchschal mit gestickten Epheublättern.

In Wronke fand am Dienstag zur Einweihung der dortigen polnischen Altienberei in der Kirche des Reformationsfestes ein feierlicher Gottesdienst statt. Der Vater Guardian hielt dabei eine fulminante Rede über den Nutzen und Segen von Altien-Gerbreichen.

Bomst, 15. Jan. [Viehählung. Eisenbahn.] Die Viehählung in hiesiger Stadt nebst den dazu gehörigen Vorarbeiten hat 122 Pferde, 511 St. Rind, 419 Schafe, 294 Fiegen 224 Schweine u. 63 Bienenstöcke ergeben. — Von hier gehen die Bahnzüge nach Bentschen, doch nur zwei fahren von letzterem Orte ohne bedeutenden Aufenthalt nach Posen, weiter. Wünschenswerth wäre es, daß die Bahnverwaltung den Frühzug so zeitig von Guben abließe, daß derselbe schon vor 3 Uhr in Bentschen einträfe. Durch eine solche Einrichtung würde den von hier nach Posen zur Besorgung von Geschäften reisenden Personen viel Zeit erspart.

O. Schrimm, 16. Januar. [Wahlen.] Bei der gestern hier stattgehabten Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung wurden für die 3 ausgeschiedenen Mitglieder (1 Pole und 2 Deutsche) der Kaufmann Madalinski, Müllermeister Gregor und Fleischermeister Schubert (2 Pole und 1 Deutscher) gewählt, so daß diese Versammlung jetzt aus 6 Polen und 3 Deutschen bestehen wird. — An Stelle des zum Kreis-Schulinspektor in Wronowicz ernannten Gymnasiallehrers Schlusinski ist ein Kandidat des höheren Lehramts Dr. phil. Dito aus hiesiger Gymnasium geschickt worden.

Bromberg, 16. Jan. [Eisenbahnvorlage. Schwurgericht.] Man erwartet von unseren Abgeordneten den Eintritt in die Debatte über die Eisenbahnvorlage. Ein desfallsiges Gesuch, betreffend die Bahn Stolp-Königs-Bromberg-Gnesen zum Anschluß an die Bahn nach Dels, ist den Abgg. Wehr-Kenjan, Schulz-Karolewo und v. Kehler (für Königs) zugegangen. Ebenso ist der bisherige Oberpräsident Graf Königsmark davon in Kenntnis gesetzt und um seine Mitwirkung gebeten worden. — Mit der Sitzung vom 15. Januar ist die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode beendet worden. Zur Verhandlung kamen 14 Sachen gegen 20 Angeklagte und zwar 3 wegen Meineids, wegen Bigamie, Brandstiftung, Raubes und versuchten Mordes je eine, wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung 2, wegen Diebstahls 4, verurteilt wurde eine Sache. Erkennt wurde im Ganzen auf 26 Jahr 10 Monate Zuchthaus und 5 Jahr 11 Monate Gefängnis. Freisprechungen erfolgten 4.

Staats- und Volkswirtschaft.

Verlust eines Werthpapiers. In dem Postamt zu Chemnitz ist am 13. d. M. ein Paket mit 10,000 Thlrn. in Kassenanweisungen abhanden gekommen, für dessen Wiederbeschaffung vom Internationalen Verbands zur Versicherung von Postwerthsendungen eine Belohnung von 1000 Thlrn. ausgesetzt ist.

Wiener Weltausstellung. Die deutschen Ausstellungskommissionen sind gegenwärtig mit den Vorbereitungen für den Transport der Ausstellungsgegenstände nach Wien beschäftigt. Wie der „D. N. Anz.“ vernimmt, beabsichtigt die Zentralkommission für den Transport die Zeit von Mitte Februar bis 20. März zu bestimmen. Sie wird demnach auch die Art des Transportes im Allgemeinen regeln. Im Einzelnen ist dies den Landeskommissionen überlassen.

Vermischtes.

Berlin, 17. Januar. [Ordensfest. Polizeiverwaltung.] Die Ordnung der Feierlichkeiten des Krönungs- und Ordensfestes. Die neu zu dekorierenden Personen versammeln sich um 9½ Uhr in der ersten braunschweigischen Kammer und eine halbe Stunde später findet in der zweiten braunschweigischen Kammer die Ordensverleihung statt. Um 10½ Uhr versammeln sich die zur Feier Eingeladenen im Jahre 1872 decorirten Personen im Königszimmer in der brandenburgischen Kammer, der roten Drapp'-Kammer und die Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens und der Rettungsmedaille in der zweiten Vorkammer vom Schweizeraal aus. Die Proklamations der befohlenen Ordensverleihung findet gegen 11 Uhr im Rittersaale statt und nach Beendigung derselben erfolgt von 11½ bis 12½ Uhr die Vorstellung der im Jahre 1872 ernannten Ritter und Inhaber. — Von 12½ bis 12 Uhr ist im Rittersaale die Kour. Um 12 Uhr findet in der hiesigen Schloßkapelle Gottesdienst und nach demselben im Weißen Saale Diner statt. — Die „D. N. Anz.“ erfährt von weitestlichen Personenveränderungen in den hiesigen

Chargen der hiesigen Polizeiverwaltung, die den Wünschen entsprechen, welche seit langer Zeit im Publikum und in der Presse laut geworden sind. Der Polizei-Hauptmann von Damm ist der kommissarischen Vertretung der Leitung des öffentlichen Polizeiwesens enthoben und übernimmt das Kommando der reisenden Schutzmannschaft. Der bisherige Kommandeur dieses Korps, Hauptmann Wilseler, wird allein mit der Leitung der mittlerweile zu großem Umfang gelangten Arbeiten für die Schiffahrtspolizei und gleichzeitig zum Ersatz des Kommandeurs der Schutzmannschaft von Temski in Abwesenheitsfällen beauftragt. Die Leitung der Angelegenheiten für das öffentliche Polizeiwesen wird Lieutenant von Albert in Schöneberg übertragen.

Berlin, 15. Jan. Das Wunder des am Sonnabend vor dem Halle'schen Thore aufgefundenen Todten ist bereits entdeckt. Die Sache hat sich folgendermaßen zugetragen: Der Ermordete, Zimmergehilfe Rehwinkel, befand sich am Freitag Abend in einem Schanklokal der Nollstrasse, als sich der Arbeiter Riemendorf zu ihm gesellte. Im Laufe des Gesprächs zeigte R. dem J. einen Siegesthaler, was in letzterem wohl die Vermuthung hatte aufkommen lassen, R. sei stark bei Kasse; außerdem blendete ihn auch eine starke goldene Uhrkette des R. Erst spät verließ sich Beide das Lokal und als man den Leichnam fand, galt es zunächst die Persönlichkeit festzustellen, was der Revierpolizei bald gelang, nachdem nun die Kriminalpolizei herbeigerufen, fragte man alle Lokale der Umgegend durch, ob vielleicht Rehwinkel dort gewesen; als man das Lokal gefunden, ward es nicht schwer, den Gesellschafter des R. zu ermitteln, diesen fand man denn auch schon Sonnabend Vormittag auf einem Bau beschäftigt. Riemendorf hatte eine neue Hose an, die zum Arbeiten jedenfalls zu neu war, dies befiel den Verdacht; man suchte nun im Bau umher und fand auch eine alte blutige Hose, die dem J. gehörte. Der Leichnam war ohne Stiefeln gefunden, man suchte in der Wohnung des J. und siehe da, die Stiefeln lagen in seinem Koffer. Trotz dieser überzeugenden Beweismittel hatte man dem J. noch nicht gesagt, daß man Verdacht schöpfe; er wurde zur Revierpolizei abgeführt, indes wählten die Kriminalbeamten den Weg über die Stelle, an welcher die Mordthat geschehen. Je näher man dem Orte kam, desto schlottriger wurde der Gang des J., kurz davor blieb er sogar stehen, und als man ihn aufforderte, doch weiter zu gehen, verlor er den letzten Rest der Ueberwindung und sagte: „Na, ich will ja gestehen, dort habe ich den Rehwinkel ermordet.“ — Und warum mußte ein junger ordentlicher Mensch auf die schrecklichste Weise das Leben verlieren? Um einen Thaler, denn außer dem Siegesthaler hatte R. nur noch 1 Sgr. 8 Pf. bei sich; auch die vermutete Uhr war nicht vorhanden, denn an der Kette befand sich nur ein Messer, die Kette selbst hatte der Mörder aber fortgeworfen. Nachdem er den Rehwinkel überfallen, schmitt er ihm die Kehle durch und verstümmelte ihn durch mehrere Messerstiche das Gesicht. Darauf zog er ihm die langen Stiefeln aus, und als der Leichnam noch zuckte, schlug er ihm mit dem Absatz den Schädel ein. Dies Alles hat der 24-jährige Mörder mit Ruhe bekannt; derselbe ist kein Berliner, sondern ein erst vor Kurzem durch die hohen Löhne hierher gezogener Eisfabrikarbeiter aus der Gegend von Breslau.

Fischerlohn. Das hiesige „Volkssblatt“ theilt mit, daß die auf Veranlassung des Handelsministers von der Stadtvertretung gewählten Sachverständigen, Herr Generaldirektor Seel zu Ransbach und Herr Bergwerks-Direktor Sad zu Sprochbühl, in ihrem Gutachten über die hiesigen Bodensenkungen der Bergwerks-Gesellschaft Tiefbau die alleinige Schuld zuschreiben.

Lebende Fische im Briefe. Der Gedanke, lebendige Fische in einem rekommandirten Briefe von Neapel nach London zu befördern, hat bei erstem Anblicke so viel Unglaubliches, daß er aus Lächerliche zu streifen scheint. Inzwischen ist derselbe in diesen Tagen erfolgreich ausgeführt worden. Fünf kleine, zwei Zoll lange Seefische wurden am 4. Januar in naßem Seegras in einem kleinen sieben Unzen wiegenden Packetchen als rekommandirter Brief für das Aquarium im Krystallpalast nach London geschickt. Am 7. Morgens kam die Sendung an. Die Fische waren bei Eröffnung der Verpackung etwas erschöpft gefunden. Als man sie jedoch in stehendes See-Wasser setzte, kamen vier von den fünf kleinen Reisenden im Laufe des Tages ganz wieder zu sich und tummeln sich jetzt ganz munter in ihren neuen Behälter herum. Die genannten Fische (Amphioxus) gehören zu den am niedrigsten organisierten Geschöpfen mit Rückenwirbeln.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 18. Januar.

WILHELM HOTEL DE BRASSE. Die Kaufleute Gustav Burbaum a. Bamberg, A. Stubmann, Feuerstein u. Demmler a. Berlin, Blumen-thal a. Breslau, Diederich a. Eisenach, Schirmer a. Köln, Koenig aus Hamburg, Eisengarten a. Hannover, Warr a. Steint, Mulkham a. Hannover, die Ritterabst. Regelt u. Kam. a. Stofowo, Lieut. Eppner a. Lugovino, Bürgermeist. Briebe a. Trjemeszno, Baumstr. Schnattag a. Trjemeszno, Hotelbes. Bethge a. Mogilno, Rentier Baron v. Knoll a. Berlin.

Posener Landwirth.

Die soeben ausgegebene Nr. 3 des „Landwirthschaftlichen Centralblatts für die Provinz Posen“ hat folgenden Inhalt: Ueber die Zubereitung des Futters der Thiere. — Ueber die Impfung des Rindviehes gegen die Lungenentzündung. Von Lehmann-Mische. — Die heutigen Kreditinstitute für unkündbare Hypotheken, ihre Vorzüge und Mängel. Von Dr. Mour.

Literatur: Grundriß der unorganischen Chemie. Von Dr. A. Hofmann. — Abriss der Geschichte der deutschen Landwirtschaft von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. Von Dr. William Böbe. — Bericht über die Thätigkeit des agrarisch-chemischen Laboratoriums für Unterfranken und Altsachsenburg. Von Dr. A. Hilger.

Korrespondenzen: Posen. — Posen. — Berlin. Vermischtes: Gegen das Auftreten der Ferkel. — Wasserlos als Gollwasmittel. — Ueber Moorrauch und Moorbrennen. — Fragelasten. — Marktberichte. — Briefkasten. — Anzeigen.

Diskretion in der Oeffentlichkeit.

Gänzlich ist man in der Lage, irgend eine Offerte, Gesuch oder sonstige Willensmeinung zu veröffentlichen, befürchtet jedoch aus sehr nachtheiligen Gründen eine Verletzung der Diskretion. Die renommierte Firma „Rudolf Mosse“ in Breslau hat sich den ehrenwerthen Ruf erworben, alle ihr zugehenden derartigen anonymen Ankündigungen mit strengster Geheimhaltung der Namen der Auftraggeber in jede gewünschte Zeitung einzurücken und die hierauf eingehenden Briefschaften uneröffnet und ohne Provisionsanrechnung dem anonymen Inzerenten ungefaint zu übermitteln.

Welches Vertrauen bereits obiges Institut im Publikum genießt, dokumentiren hinlänglich die Inseratenspalten der Zeitungen, welche täglich eine Menge von Annoncen enthalten, worin obige Firma zur Huzugennahme von Offerten autorisirt wird.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalesciere Du Barry von London.“

Allen Leidenden Gesundheit durch die delikate Revalesciere du Barry welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei den nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magens-, Nervens-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimbaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden,

In unserem Verlage ist erschienen:
**Comtoir-Wand-Kalender
für 1873.**

Im Duzend 24 Sgr., einzeln 2 1/2 Sgr.
Posen.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel).

Zur Ball-Saison
empfiehlt in großer Auswahl:

Couleurte Seidenstoffe
in den elegantesten Genres
und schönsten Lichtfarben,
Gesellschafts- und Ball-Roben
in den neuesten Stoffen und Farben

Markt 63. Robert Schmidt
(vorm. Anton Schmidt).

Ball- und Gesellschafts-Costumes werden in
kürzester Zeit auf das Geschmackvollste arrangiert.

Zur Gesellschaftssaison!

Eigener Seidenwaren, schwarz und couleurte, echte Sammete und tür-
kische Gobelins in überraschender Auswahl zu Original-Fabrikpreisen, empfiehlt
Lyon, **Maison Lyonnaise**, Zürich, Paris, Berlin,
Vertreter: **S. Kamiński**.
Posen. Hotel du Nord, Beletage.
Proben nach Außerhalb franco.

Das vorzüglichste Heilmittel gegen jeden
alten Husten, langjährige Heiserkeit, Verschleimung,
Reuchhusten, Katarrhe, Entzündung des Kehlkopfes
wie der Luftröhre, acuten und chronischen Brust- und
Lungenkatarrh, Bluthusten, Blutspien und Asthma ist
der **weiße Brust-Syrup** von
G. A. W. Mayer in Breslau,
der nur allein acht zu haben ist in

Posen durch **Isidor Busch**, Sapiehaplatz 2.,
Gebr. Krayn, Bronnerstraße 1.,
Krug & Fabricius, Breslauerstr. 10.
J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstr. 16.

Birnbaum, Julius Börner. **Lissa** (Poln.), J. A. v. Putiatycki.
Bojanowo, Robert K. oige. **Lobsens**, C. A. Lubenau.
Bomst, Carl Seeger. **Meseritz**, Gust. Naumann.
Bromberg, Rud. Regenber. **Nakel**, Fr. Rebinsty.
Buk, S. Polener. **Neustadt a. W.**, P. Lubinski.
Chodziesen, Aug. Schwantes. **Neutomysl**, Ernst Tepper.
Czarnikau, H. H. Wast. **Obornik**, Louis Vormann.
Czemplin, Gustav Grün. **Ostrowo**, Herm. Gutsche.
Czerniejewo, M. Wittowski. **Pleschen**, J. Joachim.
Ellehne, S. Goldschmidt & S. **Punitz**, J. S. Rothert.
Fordon, Aron Caro. **Rawitz**, W. Schaepe.
Fraustadt, Aug. Cleemann. **Rogasen**, A. L. Heimann.
Gnesen, Sam. Pulvermacher. **Samoczyn**, S. C. Gargle Wye.
Gollancz, M. Wolff. **Samter**, Julius Peyer.
Grätz, A. Unger. **Schmiegel**, C. A. Giesler.
Jaraczewo, M. Wittmann. **Schönlanke**, B. Engel.
Jarocin, Marcus Warschauer. **Schubin**, S. H. Edel.
Inowracław, Gustav Snoch. **Schwerin a. W.**, C. H. Cohn's Buchhlg.
Kempen, Herm. Schelenz. **Storehnest**, C. Wolach.
Kobylin, A. Schöpte. **Trzemeszno**, S. Dlawsty.
Kosten, Gorstl. **Wollstein**, C. Jattewicz Nachf.
Kozmin, M. Rad's Wwe. **Wongrowitz**, J. C. Biemer.
Kreuz, C. A. Schöberg. **Wreschen**, Wolf Sieburth.
Krotoschin, A. Kemp. **Wronke**, L. Krüger.
Labischin, Jac. Goldstein.

Lilione

vom Ministerium geprüft und
concessionirt, reinigt die Haut
von Pusteln, Sommersprossen,
Pockenflecken, ver-
treibt den gelben Teint und die Rötze der Nase, sicheres
Mittel für strophulöse Ueizungen der Haut. Die Wir-
kung erfolgt binnen 14 Tagen, wofür die Fabrik garan-
tiert: à Flacon 1 Thlr., halbe 15 Sgr.

Barterzeugungs-Pomade, à Dose 1 Thlr.,
halbe 15 Sgr. Binnen 6 Monaten erzeugt dieselbe einen vollen Bart
schon bei jungen Leuten von 16 Jahren, wofür die Fabrik garantiert.
Auch wird dieselbe zum Kopfsaarmwuchs angewandt.

Chinesisches Haarfärbemittel, à Flacon 25 Sgr.,
halbe 12 1/2 Sgr., färbt das Haar sofort ächt in Blond, Braun und
Schwarz, und fallen die Farben vorzüglich schön aus.

Orientalisches Enthaarungsmittel, à Flacon
25 Sgr., zur Entfernung zu tief gewachsener Schmelhaare und der bei
Damen vorkommenden Barthaare binnen 15 Minuten.
Erfinder **Rothe & Cie.** in Berlin.

Zu haben in Posen bei **H. Hays**, Papierhandlung, Bres-
lauerstraße 22, a. d. Bergstraße.

Nittergüter

jeder Größe, ausgezeichnet durch
Kultur u. Lage, auch mit Pa-
briken und Forsten versehen, recht
preiswürdig u. empfehlenswerth
gibt ich zu verkaufen den Auftrag
Bernhardt Asch,
Wilhelmsplatz 15.

Mähenfür 22 sind mehrere Tausend
alte vorzüglichen Dachsteine zu ver-
Anton Kratochwill.

zum Anbau von Obst- u. and.
Pflanzungen jedes Quantum ist abzu-
geben. Nähere Auskunft ertheilt Herr
Eduard Feckert junior,
Brünnstraße 18.

Dom. Marcelino b. Posen
hat noch einige junge Ferkel
reiner Yorkshire-Race zum
Verkauf.

Ein Repetitorium steht billig zu
verkaufen, zu erfragen in der Expedi-
tion.

(Aus den Berliner Zeitungen)

Königfrank!

Kräuter-Limonade,
größtes Labial für alle
Kranke.

(48188) Berlin 14. 11. 72.
Meine Frau litt seit langen Jahren
an sehr schmerzlichen Hämor-
rhoiden und Verhaltungs-
beschwerden. Eine ganze An-
zahl von Ärzten und blutigen Mittel
hatten nicht den gewünschten oder
noch nur momentanen Erfolg.
Meine Frau versuchte den König-
frank und verbrauchte drei
Flaschen nach Vorschrift. Nach
achtstägigem Gebrauch stellte sich
eine allmählich tägliche Besserung
ein und hat solche seit länger
als ein Jahr, keine Unter-
brechung gehabt; die Hämor-
rhoiden sind seitdem weniger
schmerzhaft geworden.

Dr. Langeheide,
Erzieher der K. in Kinder-Bewahr-
Anstalt Nr. 3.

Erfinder und alleiniger Ver-
kauf:

Engelst (Gesundheits-)
Karl Jacobi,
Berlin, Friedrichstr. 208.

Die Flasche enthält zu dreimal
so viel Wasser, kostet in Berlin
einen halben Thaler, außerhalb
incl. Fracht in Deutschland 16
oder 17 Sgr. (1 fl. 10 kr.) in den
b. laanten Niederlagen. In Po-
sen bei **Krug & Fabri-**
cus, in Bentschen bei **S.**
Manfard, in Rauschen bei
Schmiegel bei **Eduard Wel-**
te, in Meseritz bei **H. Glei-**
niger jr. und in fast allen Städten
Deutschlands in den d. laant be-
kannten Niederlagen (16 Sgr.)

Louis Gehlen

Friseur u. Haar-Conservateur,
Posen, Berlinerstraße Nr. 11,
gibt grauen und weißen Haaren ihre
ursprüngliche feine Farbe wieder, ohne
zu färben, legt viele Mittel darüber
vor und leistet Garantie. Preis pro
Flasche 1 Thlr. 15 Sgr.

**Wichtig für Rheu-
matismus- u. Gicht-
leidende.**

Hochgeschätzter Herr Dr. von
Bilfinger. Ich danke tausend-
mal für den gesunden Balsam;
nachdem ich denselben verbraucht,
habe ich die Freude wieder
aufstehen zu können und
ohne Krücken zu gehen, was
ich mehrere Jahre nicht gekonnt.
Ich fühle mich stärker und
das Gewächs, welches seit
zwei Jahren mir in der
Brust in der Größe eines
Landbieres wuchs, ist durch
das Einreiben so klein wie
eine Bohne geworden. Aus
allm. diesen ich, welche eine
wohlthätige Wirkung der
Balsam Bilfinger

hat und möge Gott Sie reichlich
segnen für das, was Sie an so
Schmerzkranken wie ich, thun; er-
scheine Sie flehentlich umgehen-
de neue Flaschen zu senden.
Johanna Krapp, Gürtlerwe.
Wien, Mariabühl 28 Stum-
pergasse.

General-Depotiteur: **Felix
Riebel** in Leipzig.
Preis: 1/4 Flasche 1 Thlr.
10 Sgr., 1/2 Flasche 2 1/2 Sgr.

Annoncen-Expedition,
Zeiländer & Co., Berlin.

Bei onständigen Leuten wird ein Pl.
möblirtes Zimmer auf mehrere Monate
zu mietzen gesucht. Adr. sub Z 90
w. in d. Exp. d. Bzg. erb.



Dr. Beringuier's arom.-medic. Kronengeist (Quintessenz d'Eau de Cologne)

durch seine hervorragende Qualität für das Hauswesen nützlich, bei
Reisen hilfreich und für die Toilette angenehm; à Flasche 12 1/2
und 7 1/2 Sgr.

Dr. Beringuier's Kräuter-Wurzel-Haar-Oel
zur Erhaltung, Stärkung und Verschönerung der Haupt- und Bart-
Haare, sowie zur Verhütung der so lästigen Schuppen- und Flech-
tenbildung; à Originalflasche 7 1/2 Sgr.

a St. 3 Sgr.
4 St. in
1 Packet
10 Sgr.

**Gebr. Leder's
Balsam. Erdnussöl-Seife**
als ein höchst mildes, verschönerndes
und erfrischendes Waschmittel rühm-
lichst anerkannt.

**Prof. Dr. Albers
Rhein. Brustcaramellen**
als ausgezeichnetes Hausmittel bei
Gesunden und Kranken seit Jahren
beliebt

a versiegelte
rasa-rothe
Düte
5 Sgr.

Einziges Depot für Posen bei C. W. Kohlschütter,
Breslauerstr. 3., und F. Fromm, Sapiehaplatz, sowie auch für
Birnbaum: L. Stargardt, **Bromberg**: Theod. Thiel, **Fraustadt**: Carl Wetterström,
Gnesen: J. B. Lange, **Grätz**: Louis Streisand, **Inowracław**: J. Lindenberg, **Krolo-**
schin: A. Levy, **Nakel**: A. Podgorsky, **Neutomysl**: W. Peikert, **Ostrowo**: O. E. Wi-
chura, **Pleschen**: J. Joachim, **Rawicz**: R. F. Frank, **Schneidemühl**: A. Zielsdorff
Schwerin: Michaelis Schwarz, **Wreschen**: W. Schenke, **Trzemeszno**: Const. Priebe
und für **Wollstein**: bei E. Anders.

**Norddeutscher Lloyd
Postdampfschiffahrt**

von **Bremen nach Newyork und Baltimore**

eventuell **Southampton** anlaufend

D. Bremen	25. Januar nach Newyork	D. Rhein	8. März nach Newyork
D. Donau	1. Februar nach Newyork	D. Baltimore	12. März nach Baltimore
D. Main	8. Februar nach Newyork	D. America	15. März nach Newyork
D. Berlin	12. Februar nach Baltimore	D. Bremen	19. März nach Newyork
D. Gans	15. Februar nach Newyork	D. Weser	22. März nach Newyork
D. Deutschland	22. Februar nach Newyork	D. Leipzig	26. März nach Baltimore
D. Mosel	1. März nach Newyork	D. Donau	29. März nach Newyork
D. Newyork	5. März nach Newyork		

Passage-Preise nach Newyork: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler
Preuß. Courant.

Passage-Preise nach Baltimore: Kajüte 135 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Cr.

von **Bremen nach Neworleans** event. via **Havre und Havana**

D. Frankfurt 29. Januar; D. Köln 26. Februar; D. Hannover 12. März; D. Straßburg 26 März;
D. Frankfurt 9 April.

Passage-Preise: Erste Kajüte 210 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Courant.

von **Bremen nach Westindien** via **Southampton**

Nach **St. Thomas, Colon, Savanilla, Curaçao, La Guayra und Porto Cabello**, mit
Anschließen via **Panama** nach allen Häfen der Westküste Americas, sowie nach **China u. Japan**
am 6. jeden Monats.

Nähere Auskunft ertheilen sämtliche Passagier-Expediten in Bremen und deren inländische Agenten, sowie
die Direction des Norddeutschen Lloyd.

Bindende Contracte für obige Dampfer, sowie nähere Auskunft
ertheilt die von der Königl. Preuß. Regierung concessionirte Haupt-Agentur von
Joseph Fränkel in Posen, Breitestr. 22.

Hamburg-Amerikanische Packetschiff-Aktiengesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen

Hamburg und New-York

Havre anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe

Thuringia	Mittwoch	22. Januar.	Freia	Mittwoch	19. Februar.
Hammonia	do.	29. Januar.	Westphalia	do.	26. Februar.
Cimbria	do.	5. Februar.	Thuringia	do.	5. März.
Silebia	do.	12. Februar.	Holsatia	do.	12. März.

Passagepreise: I. Kajüte Pr. Thlr. 165, II. Kajüte Pr. Thlr. 100, Zwischendeck Pr. Thlr. 55,

zwischen **Hamburg und Westindien**

Grimsby und Havre anlaufend,
nach **St. Thomas, La Guayra, Puerto Cabello, Curaçao, Colon, Savanilla**
und von **Colon (Aspinwall)** mit Anschluss via **Panama**
nach allen Häfen des Stillen Oceans zwischen **Valparaiso und San Francisco**
Dampfschiff **Leutonia**, Kapit. **Wilo**, am 22. Januar.
Borussia, Schmidt, 20. Februar.

zwischen **Hamburg-Savana und New-Orleans**,

Havre und Santander anlaufend,

Von Hamburg:	Von Havre:	Von Santander:	Von New-Orleans:
Bandalia	1. Februar.	4. Februar.	7/8. Februar.
Caronia	1. März.	4. März.	7/8. März.

Passagepreise: I. Kajüte Pr. Thlr. 180, Zwischendeck Pr. Thlr. 55.

Näheres bei dem Schiffsmakler **August Bollen**, Wm. Miller's Nachfolger in Hamburg,
sowie bei dem für ganz Preußen zur Schließung der Passage-Verträge für vorstehende Schiffe bevollmächtigten und
obrigkeitlich concessionirten Auswanderungs-Unternehmer

L. von Trübschler in Berlin, Invalidenstr. 66c,

und den concess. Special-Agenten

für Posen: **Fabian Churig** in Firma **Nathan Churig**,
L. Kleitchoff, Krämerstraße 1,
für Kempen: **Salomon Eisner**,
für Ruit: **J. Spira**.

**Apotheker Krause's
Injection** Fl. 1 Rthlr. heilt
radical jeden Ausfluss der
Harnorgane. Erfolg ga-
rantirt. **Dr. Druschke**,
Berlin, Sebastianstr. 39.

Frischen amerik. Speck
und Schmalz, à Pfd. 6 Sgr.,
empfiehlt
Ww. Reppich,
Sapiehaplatz Nr. 7. im Keller.

Milchpacht-Gesuch.

Mit dem nöthigen Lokitäten zum
Betriebe einer Käseerei versehen, wird
von einem kautionsfähigen Käsefabri-
kanten zum 1. April oder früher eine
Milchpacht gesucht. Off. erb. n. an
an die Exp. d. Pos. Bzg. unter R. B. zu
senden.

1869.	1869.	1869.	1871.	1871.
Amsterdam.	Pilsen.	Wittenberg.	Eger.	Dresden.
	1. Preis.		1. Preis.	

Liebe's Nahrungsmittel in „löslicher“

Form:

Extrakt der Liebig'schen Suppe,
Vacuum-Präparat des Apoth. u. Chem. **J. Paul Liebe** in **Dresden**.
Ersatzmittel für Muttermilch, Nahrungsmittel für Blinarme, Re-
konvaleszenten, Magenleidende, Siedet 10. Minuten a 300 Gr. 12 Sgr.

In Posen bei Apoth. **Psuhl**.

Ein Laden, St. Martin 62, ist vom
1. April ab zu vermietzen.

Eine Wohnung, 3 Stuben und Küche
n. bft Stall u. 4-6 Pferden wird vom
1. April gesucht. Offerten werden unter
Schiff A. M. in der Expedition dieser
Zeitung erbeten.

Bäderstraße 18
sind per 1. April c. g. öfere u. kleinere
Wohnungen zu vermietzen.

Auf dem Dom. **Alt-Tomysl** b. i
N. u. Tomysl wird zum 2. April d. J.
ein tüchtiger und ordnungsliebender
Schmiedemeister (verheirathet) gesucht.

1. Sehr ar. ab käuflich zu übernehmen.
Näh. alt: Markt 4 im Bier-Depot.

